

# Wahlkampfstrategie und politisches Selbstverständnis der Badischen Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1929/30–1933)

Von Michael Kitzing

## Einleitung

*„Von 1921 an war ich auf Wunsch meines Erzbischofs politisch tätig in der Zentrumspartei. 1933 fiel bei den Wahlen das Volk der Massenhysterie zum Opfer; von den Widerstand leistenden Parteien konnten nur die Sozialdemokraten und wir vom Zentrum unsere Mandatsstärke halten“, ... dabei meinten es „die demokratischen Parteien ehrlich mit ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus, aber die Mehrheit des Volkes ließ sie bei den Wahlen im Stich.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten kommentiert Ernst Föhr, der letzte Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, im Rückblick seinen Widerstand gegen die NS-Diktatur und sucht zugleich eine Ursache für den Wahlerfolg Hitlers, insbesondere bei den Märzahlen des Jahres 1933.*

Ausgehend von dieser Bemerkung Föhrs wollen wir nach der *Wahlkampfstrategie und dem politischen Selbstverständnis der Badischen Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik fragen.*

Im einleitenden Teil der Arbeit wird es dabei zunächst darum gehen, den politischen Standort der Badischen Zentrumspartei im Parteiengefüge der Weimarer Zeit zu ergründen. Aus welchen Gründen sprach sich die Badische Zentrumspartei immer wieder für eine Weimarer Koalition und gegen eine Rechtskoalition oder ein Bürgerblockkabinett aus? Inwiefern kann man in diesem Zusammenhang von der Verwurzelung eines demokratisch-republikanischen Selbstbewusstseins bei der Badischen Zentrumspartei sprechen?

Nach einem kurzen Blick auf die Veränderungen in der Wahlkampfagituation der Badischen Zentrumspartei (BZP) beschäftigt sich der erste Hauptteil der Arbeit zunächst mit den Stellungnahmen der BZP bzw. der badischen Zentrums- presse zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen Ereignissen der Jahre 1930–1932. Wie wurden die kontrovers diskutierten Probleme der damaligen

---

<sup>1</sup> Paul-Ludwig Weinacht: Ernst Föhr, in ZGiLB 8 (1997), S. 139–152, hier: S. 139 f.

Zeit, wie die Annahme des Youngplanes, die Räumung der Rheinlande oder aber auch die Notverordnungs politik kommentiert, welche Beurteilung erfahren die zentralen innenpolitischen Akteure (Brüning, Papen, Hindenburg, Hitler)? Mit welchen Wahlparolen und Wahlaufufen wandte sich die Badische Zentrums partei an die Bevölkerung, inwiefern fand in den Wahlkämpfen dieser Jahre eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten statt? Glaubte man auch in der Badischen Zentrums partei an die Illusion den Nationalsozialismus „zähmen“ und seine „national wertvollen Elemente“ in die eigene Politik einbinden zu können oder wurde der Nationalsozialismus vielmehr konsequent bekämpft? Veränderte sich das Verhältnis zu den Nationalsozialisten, nachdem Zentrum und NSDAP nach den Juliwahlen 1932 im Reichstag über eine absolute Mehrheit verfügt hätten und auf Reichsebene in Koalitionsverhandlungen eingetreten waren?

Nachdem wir bis dahin das politische Profil der BZP zwischen 1930 und 32 an Hand ihrer Haltung zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen herausgearbeitet haben, soll anschließend die grundsätzliche Einstellung der Zentrums partei zu politisch-weltanschaulichen Fragen herausgearbeitet werden. Welche Position vertrat die Badische Zentrums partei hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialordnung und welche Aufgabe kam nach eigenem Selbstverständnis der Badischen Zentrums partei bei der Lösung der Staats- und Wirtschaftskrise zu? Vor dem Hintergrund des politischen Denkens der Badischen Zentrums partei soll schließlich die weltanschauliche Auseinandersetzung der BZP mit dem Nationalsozialismus bzw. Kommunismus behandelt werden. Inwiefern fand nunmehr eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Weltanschauung und der sozialen Zusammensetzung der radikalen Parteien statt und was wird über die Vereinbarkeit von Christentum einerseits und Nationalsozialismus und Bolschewismus andererseits gesagt?

Für den zweiten Teil des Hauptteiles, das Jahr 1933, muss die zugespitzte Fragestellung freilich lauten, wie lange hat der politische Katholizismus in Baden sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt oder ab wann hat er begonnen sich dem Neuen anzupassen? Zur Beantwortung dieser Frage betrachten wir erneut die Kommentierungen zentraler politischer Ereignisse des Reiches aus der Perspektive des Badischen Zentrums respektive der badischen Zentrums presse. Die Stationen lauten hierfür: Machtantritt des Kabinetts Hitlers, Reichstagsbrand und Notverordnung, Märzwahlkampf und schließlich das Ermächtigungsgesetz. Neben einem Blick auf den Märzwahlkampf und der Analyse des Wahlergebnisses wollen wir an dieser Stelle die Sprache in den Aufrufen und Kundgebungen des Badischen Zentrums untersuchen: inwiefern findet nunmehr eine Neubewertung der Begriffe „Führer“, „Volksgemeinschaft“, „Deutscher März“, „Neuer Staat“ und „Weimarer System“ statt? Daneben wollen wir auch ausgehend von den tagespolitischen Ereignissen nach den Veränderungen im poli-

tisch-weltanschaulichen Fundament der Badischen Zentrumspartei fragen. Wie kommentiert das Badische Zentrum die Verfolgung und Ächtung von Gegnern des nationalsozialistischen Systems und wie nimmt man nunmehr Stellung zum Verhältnis Christentum und Nationalsozialisten oder auch zum Verhältnis Christentum und Rassismus?

Die Quellengrundlage für den Artikel bildet in erster Linie die badische Zentrums Presse, vor allem die beiden Hauptorgane, der *Badische Beobachter* (BB), wie auch die Monatszeitschrift *Das Badische Zentrum* (BZ), die in den Jahren 1931 und 1932 erschienen ist. Ergänzt werden diese durch einen Blick in die *Freiburger Tagespost* (FTP) und den *Pfälzer Boten* (PFB), womit wir zwei weitere der vier auflagenstärksten Zentrumszeitungen Badens in die Analyse mit einbezogen haben.<sup>2</sup>

## I. Zwischen Rechts und Links: Koalitionsoptionen und politischer Standort einer regierenden Landespartei 1919–1929

Die badische Geschichte in der Weimarer Republik zeichnet sich durch eine auffallende politische Stabilität aus.<sup>3</sup> In den Jahren zwischen 1919 und 1929 waren mit nur kurzen Unterbrechungen Regierungen der Weimarer Koalition im Amt, die SPD blieb bis 1932 Regierungspartei und das Zentrum verlor seine dominierende Stellung erst infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung. Anders als im benachbarten Württemberg gab es in Baden niemals deutschnationale Minister. Als eine „*Ordnungs- und Verfassungspartei*“ (Schofer) war die Badische Zentrumspartei zur Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften – SPD und DDP – bereit. Doch musste das Zentrum dennoch, sowohl aus Gründen seines eigenen konfessionellen Selbstverständnisses, wie auch der zwischen den Regierungsparteien bestehenden weltanschaulichen Gegensätze, stets seine antisozialistische und antilibérale Programmatik sowie die daraus resultierende politische Eigenständigkeit betonen.

Dementsprechend verwarnte sich Joseph Schofer,<sup>4</sup> der Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei energisch gegen den, später gegen ihn erhobenen Vorwurf, er hätte die alten Grundsätze der Zentrumspartei durch die Koalition mit der

---

<sup>2</sup> Zur Badischen Zentrums Presse vgl. auch: Michael Geigges: Die Deutsche Bodensee-Zeitung. Versuch einer katholischen Tageszeitung im Dritten Reich zu überleben, Konstanz 1986; Christine Weber: Die Gleichschaltung der Heidelberger katholischen Tageszeitung „Pfälzer Bote“, in: Schadt, Jörg (Hrsg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus, Heidelberg 1985, S. 343–398.

<sup>3</sup> Zur Badischen Zentrumspartei in der Weimarer Republik zusammenfassend: Hans-Georg Merz: Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert, in: Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S. 33–62.

<sup>4</sup> Zu Joseph Schofer vgl. Pius Enderle: Dr. Joseph Schofer. „Der ungekrönte Großherzog von Baden“, Karlsruhe 1957.

SPD verlassen. In der kritischen Phase des Übergangs aus der Novemberrevolution zur Nationalversammlung, so Schofer, habe die Badische Zentrumspartei rasch und entschlossen unter Preisgabe aller rein stimmungsmäßiger Vorurteile und Bedenken gehandelt und sich neben die siegreiche Sozialdemokratie gestellt. Dadurch habe sie Deutschland vor dem Experiment des radikalen Sozialismus bewahrt. „*Sie (die Badische Zentrumspartei) hat den Mut gehabt, zusammen mit den Sozialdemokraten die schmerzliche Verantwortung des schimpflichen Friedensschlusses auf sich zu nehmen, um eine aussichtsreiche Fortsetzung des hoffnungslosen Kriegselendes zu verhindern.*“<sup>5</sup> Darüber hinaus bestand bei den Spitzenpolitikern der Badischen Zentrumspartei, die wie Josef Wirth, Heinrich Köhler oder Joseph Schofer in der Mehrzahl aus durchaus einfachen Verhältnissen stammten, ein offener Sinn und Verständnis für die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie.

Andererseits brachte die Badische Zentrumspartei deutlich zum Ausdruck, dass es sich bei der Koalition mit den Sozialdemokraten um kein Bündnis handelte, das sich auf alle politischen Ereignisse erstreckte. Das eigene Profil der christlichen Partei wurde nie abgeschwächt, vielmehr ließ man keinen Zweifel darüber, dass ein gläubiger Christ erst dann zur Sozialdemokratie stoßen könne, wenn diese „*die materialistischen Eierschalen ablegen würde*“ (Schofer).<sup>6</sup> Eine Aussöhnung zwischen Christentum und Sozialdemokratie sei erst dann möglich, wenn die SPD das Christentum als Offenbarungsreligion, die kirchliche Autorität und das christliche Sittengesetz auch im Wirtschaftsleben anerkennen und Abstand nehmen würde von der antireligiösen Propaganda, von der Forderung einer religionslosen Staatsschule und der absoluten Trennung von Staat und Kirche.<sup>7</sup>

Folglich blieb auch die Weimarer Koalition in Baden keineswegs frei von Spannungen, die vor allem auf dem Gebiet der Schul- und Kulturpolitik entstanden.<sup>8</sup> Einerseits wurde dem Badischen Zentrum bis 1931 das Kultusministerium von den Koalitionspartnern vorenthalten, andererseits setzte das Zentrum dennoch gegen das deutliche Widerstreben von Linksliberalismus und Sozialdemokratie die Beibehaltung der konfessionellen Lehrerbildung 1925/26 durch.<sup>9</sup> Zu einer weiteren Eintrübung des Koalitionsclimas kam es, als die Badische Zentrumspartei im Rahmen der langwierigen Verhandlungen um ein Reichsschulgesetz versuchte, die seit 1876 in Baden bestehende Simultanschulregelung zu Gunsten der Einrichtung von Bekenntnisschulen zu ändern oder wenigstens zu

<sup>5</sup> BB 5.2.1920.

<sup>6</sup> Zit. nach Enderle: Schofer (wie Anm. 4), S. 222.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Joseph Schofer: Sozialdemokratie und Religion. Verteidigung und Widerklage, Karlsruhe 1919.

<sup>8</sup> Vgl. Jutta Stehling: Weimarer Koalition und SPD in Baden, Frankfurt 1976; Friedrich Wielandt: Schule und Politik in Baden während der Weimarer Republik, Diss. phil. Freiburg 1975.

<sup>9</sup> Vgl. Stehling: Weimarer Koalition (wie Anm. 8), S. 235 ff. Wielandt: Schule und Politik (wie Anm. 8), S. 222 ff.

modifizieren.<sup>10</sup> Obwohl bereits der frühere Parteivorsitzende Theodor Wacker ein nur begrenztes Engagement für die Abschaffung der gemischten Schule entwickelt hatte und der Freiburger Erzbischof im Jahr 1922 sogar unter den Katholiken Zufriedenheit mit dem bisherigen Schulsystem bemerkte, und für den Fall eines „Kampfes gegen die Simultanschule“ ein Wiederaufleben des Großblocks befürchtete, war vor allem Ernst Föhr, der kommende Mann der Badischen Zentrumspartei, bereit, die schulpolitischen Verhältnisse zur Disposition zu stellen.<sup>11</sup> Trotz der hieraus entstandenen Irritationen und einem auch zwischen den beiden Koalitionspartnern zuweilen scharf geführten Landtagswahlkampf, kam es nach zähen Verhandlungen auch im November 1929 erneut zu einer Koalition zwischen Z und SPD. Allerdings wurden die Risse innerhalb der Koalition, die ziemlich genau drei Jahre später über die Frage des Badischen Konkordats zum Bruch führen sollten, bereits sichtbar.<sup>12</sup>

In den kritischen Augenblicken der Koalitionsverhandlungen der Jahre 1925 wie auch 1929 war es auf der Seite des Zentrums immer wieder das Verdienst des Parteivorsitzenden Schofer, dass die Weimarer Koalition in Baden Bestand hatte.<sup>13</sup> „Zur Vermeidung schwerster Erschütterung“ hielt er einen Ausschluss der SPD von der Regierungsverantwortung für unverantwortlich. Als Ziel seiner Fraktion definierte Schofer auf „breitester Grundlage die gewaltige Verantwortung in einem Staatswesen zu fundamentieren und dadurch eine stetige und ruhige Entwicklung zu sichern“.<sup>14</sup> Diese breite Grundlage sollte seiner Meinung nach auch in Richtung der großen Koalition geschaffen werden, nicht nur in Baden, sondern auch im Reich. Dagegen könne ein rein bürgerliches Kabinett genau diese breite Grundlage nicht gewährleisten. Eine weitaus schärfere Absage erteilte man jedoch seitens der Zentrumspartei dem Gedanken eines Bürgerblockkabinetts unter Einbeziehung der in Baden jedoch recht unbedeutenden Deutschnationalen oder dem Zusammengehen mit einer reinen Standes- und Interessenspartei, wie dem Badischen Landbund oder aber der Wirtschaftspartei.<sup>15</sup>

Einhergehend mit der langfristigen Zusammenarbeit zwischen Zentrum und SPD wurde der Badischen Zentrumspartei eine „charakteristische demokratische Note“<sup>16</sup> nachgerühmt, die nicht zuletzt auch in der aktiven Teilnahme führender

<sup>10</sup> Vgl. Stehling: Weimarer Koalition (wie Anm. 8), S. 206 ff.; Wielandt: Schule und Politik (wie Anm. 8), S. 232 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Weinacht: Ernst Föhr (wie Anm. 1), S. 143 f.

<sup>12</sup> Vgl. Stehling: Weimarer Koalition (wie Anm. 8), S. 279 ff.

<sup>13</sup> Vgl. Enderle: Schofer (wie Anm. 4), S. 231 f.

<sup>14</sup> Die Zitate: Verhandlungen des Badischen Landtages, Heft 545a, 1. 12. 1925, Sp. 223 f. – zum Folgenden ebd.

<sup>15</sup> Zu den Versuchen der Christlich-Nationalen Volkspartei/DNVP durch Presseangriffe (Vorwurf der Komplizenschaft des Z mit der Sozialdemokratie) und Eingaben beim Erzbischof die Badische Zentrumspartei „nach rechts“ ins republikfeindliche Lager zu ziehen oder zu spalten vgl. Merz: Katholische und Evangelische Parteien in Baden (wie Anm. 3), S. 44 mit Anm. 60.

<sup>16</sup> Deutsche Republik 2 (1927/1928), S. 817.

Zentrumspolitiker an den Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Baden ihren Ausdruck fand. Indem man ganz der Ideologie des Reichsbanners folgte, formulierte die Deutsche Bodenseezeitung, das auflagenstärkste Blatt der Zentrumspartei in Baden, anlässlich des Oberbadischen Republikanertages 1926 in Konstanz für ihre Leser ein eindeutiges Bekenntnis zu einem großdeutschen auf demokratisch-republikanischer Grundlage ruhenden Reich: *„Schwarz-Rot-Gold ist die Fahne des deutschen Reiches, diese Farben sind das historische Symbol des Deutschtums, die Hoffnung auf den Zusammenschluss aller deutschdenkenden Menschen, das Sturmzeichen für den Sieg des deutschen Gedankens, erst in Deutschland selber, dann der Anerkennung und der Achtung der fremden Völker. (...) Das neue Deutschland will seinen Aufbau auf einem besseren Fundament vollziehen, auf dem der Verständigung und der gegenseitigen Achtung der Völker und nach dem Innern, auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Freiheit. Die Verfassung von Weimar bildet den äußeren Ausdruck dieses Strebens. Deutschland hat sich nach dem Zusammenbruch in eine Republik umgewandelt. Das deutsche Volk wollte es so und hält heute mit wahrer Inbrunst daran fest.“*<sup>17</sup> Indem man sich in die demokratische Tradition der Revolution von 1848, wie auch der benachbarten Schweiz stellte, fuhr die DBZ fort: *„Auch im Jahre 1926 sollte Konstanz wieder das Herz der demokratischen freiheitlichen Bewegung werden, nicht nur für unser Badner Land, sondern für alle Staaten rings um den Bodensee. Von ihm sollte neues Blut in die verzweigten Adern fließen, von ihm sollte neuer Geist ausgehen und sie alle erfüllen, die gleich uns unter dem Banner Schwarz-Rot-Gold für den endgültigen Sieg des demokratischen Gedankens, der noch manchen harten Strauß erfordern wird, kämpfen wollen.“*<sup>18</sup> Diesem somit eindeutig republikanisch-demokratischen Bekenntnis der Badischen Zentrumspartei in der Tagespolitik stand jedoch im politischen Denken ein theoretisch-grundsätzliches Defizit gegenüber: Hier folgte die Partei auch während der Weimarer Republik der tradierten katholischen Staatslehre, der gemäß die Staatsform als etwas „Sekundäres“ und ihre Festlegung dem den jeweiligen politischen Umständen entsprechenden pragmatischen Zugriff offenstehend betrachtet wurde.<sup>19</sup>

Dennoch lässt sich festhalten: bedingt durch eine langjährige, wenn auch nicht immer spannungsfreie Zusammenarbeit mit der SPD war es der Badischen Zentrumspartei gelungen, eine ruhige und stetige Entwicklung innerhalb der De-

<sup>17</sup> DBZ 25.5.1926.

<sup>18</sup> DBZ 26.5.1926. – Zur Teilnahme führender Badischer Zentrumspolitiker (Partei- und Fraktionschef Joseph Schofer, Finanzminister Heinrich Köhler und Reichstagsabgeordneter Carl Diez) am Oberbadischen Republikanertag in Konstanz vgl. ebd.

<sup>19</sup> Vgl. Eugen Baumgartner: Brauchen wir Katholiken Staatsgesinnung?, in: 66. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Dortmund, 3.–6. September 1927, S. 353; Karl Rieder: Wir Katholiken und der moderne Staat, Konstanz 1925, S. 11 ff.; vgl. auch Merz: Katholische und evangelische Parteien (wie Anm. 3), S. 44 f.

mokratischen Republik während der Jahre 1918–1929 zu gewährleisten. Mit dem erfolgreichen Abschneiden der NSDAP bei den Badischen Landtagswahlen von 1929 und dem Durchbruch der radikalen Partei bei den Reichstagswahlen 1930 sah sich die BZP jedoch vor eine neue Herausforderung gestellt. Inwiefern kam es nun angesichts dieser Herausforderung zu Veränderungen in der Wahlkampfagitation der Partei? Wie bewertete nun das Badische Zentrum die zentralen innen- und außenpolitischen Ereignisse und Akteure der Jahre 1930–32? Welche Wege zeigte die BZP zur Lösung der Staats- und Wirtschaftskrise auf und in wie weit trat sie der NSDAP ideologisch und politisch entgegen?

## II. „Ob sie wollen oder nicht, sie werden es spüren, das katholische Volk ist der stärkste Gegner des Hakenkreuzes!“ ... Die Badische Zentrumspartei im Ringen mit dem politischen Radikalismus 1930–1932

Ausgehend von den Reichstagswahlen 1930 können wir bei der Badischen Zentrumspartei eine klare Veränderung ihrer Wahlkampfstrategie feststellen. Ursprünglich hatte man sich auf eine Agitation unmittelbar vor den Wahlen beschränkt, wobei der Schwerpunkt der Wahlkampfarbeit eindeutig auf sachbezogenen Referaten, die im Rahmen des katholischen Vereinswesens gehalten wurden, lag. Demgegenüber musste man bei den Reichstagswahlen 1930 in der propagandistischen Überlegenheit der radikalen Parteien einen der Gründe für deren Wahlerfolg erkennen.<sup>20</sup> Nunmehr versuchte man seitens der Badischen Zentrumspartei mit teilweise bis zu 20 Parallelveranstaltungen an einem Tag in einem Amtsbezirk die Präsenz und propagandistische Stärke der Zentrumspartei in dem jeweiligen Amtsbezirk zu betonen.<sup>21</sup> Zudem kam es auch im Wahlkampfstil der BZP in Anlehnung an die Wahlkampfformen der radikalen Parteien zu einer zunehmend stärker ausgeprägten Militarisierung. Die Wahlkampfveranstaltungen der Badischen Zentrumspartei wurden nunmehr häufig begleitet durch öffentliche Treueschwüre, Appelle, Fackelzüge oder Überlandfahrten der Zentrumsjugend in Lastkraftwägen. Ihre Organisationsform fand die Zentrumsjugend schließlich seit 1931 in der Schoferschar (für den Freiburger Raum), bevor man schließlich im Juli 1932 mit dem landesweiten Aufbau der Badenwacht begann. Allerdings verlief der Ausbau dieser Organisationen überaus schleppend, einerseits geriet man sehr schnell in Konkurrenz zu den Badischen Windhorstbunden, andererseits fehlte vielen durch die Wirtschaftskrise in Mit-

<sup>20</sup> W. Baur: Organisation tut Not!, in: BZ 10.3.1931; W. Baur: Propaganda der Tat, in: BZ 10.4.1931.

<sup>21</sup> Zu den Veränderungen im Wahlkampfstil der BZP vgl. Franz-Josef Rave: Das politische Leben in Freiburg. Parteien in Freiburg von 1929–1933. Wissenschaftliche Zulassungsarbeit für Staatsexamen Freiburg 1976 (Masch.); zu den „Wahlkampfoffensiven“ vgl. u.a. BZ 10.2.1932: Die badische Zentrumspartei marschiert. – Zur Badenwacht vgl. EAF NL Föhr Fasz. 18.

leidenschaft gezogenen Mitgliedern die notwendigen finanziellen Mittel, um sich überhaupt eine einheitliche Uniform leisten zu können. Als die Badenwacht schließlich im Frühsommer 1933 durch die NSDAP zerschlagen wurde, war der Aufbau der Organisation noch immer nicht abgeschlossen, während gleichzeitig seit den Wahlerfolgen der NSDAP im März ein merklicher Mitgliederschwund eingesetzt hatte.

Neben dem militärischen Auftreten adaptierte die Badische Zentrumsparterie von den radikalen Parteien schließlich noch einen ausgeprägten Führerkult. Freilich stand im Mittelpunkt des Führerkults der Badischen Zentrumsparterie Reichskanzler Brüning, dessen Politik fast kritiklos unterstützt wurde.<sup>22</sup> *„Wir dürfen dem Schicksal danken, dass dem deutschen Volk in jener denkwürdigen Stunde ein Staatsmann zur Verfügung stand, der Willens war, das Steuer des schwankenden, stündlich vom Schiffbruch bedrohten Staatsschiffes mit fester Hand zu führen.“*<sup>23</sup> Brüning sei ein echter Politiker, der Mannesmut bewiesen habe: *„Er hat den wirklich großen Mut gehabt, dem Volk zu sagen, dass nur durch Opfer der Weg zur Freiheit führt“*. Innenpolitisch habe Brüning Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, die Währung gefestigt, Banken und Genossenschaft saniert, zwei schwere Winter überwunden und der Landwirtschaft durch Drosselung der Einfuhr, durch Zinsverbilligung, Meliorationen und durch Steuersenkung usw. geholfen. *„Vor allem aber hat er den wundesten Punkt des deutschen Staates, den Haushalt, in Ordnung gebracht und damit die Verhandlungsfähigkeit Deutschlands mit dem Ausland gestärkt. Dass Deutschland die Reparationen nicht weiter zahlen kann, von dieser nicht mehr zu leugnenden Tatsache, hat sich das Ausland vergewissern können. ... Es ist das große Verdienst Brünings, die Welt mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer raschen und endgültigen Lösung dieser Reparationsfrage gestoßen zu haben.“* Auch die anderen Länder wüssten, dass die Wirtschaft der Welt vom Alldruck der jetzigen Schwierigkeit aufatmen werde, sobald die Reparationen gestrichen seien. Bereits schon durch die Aufmachung der entsprechenden Berichte in der Badischen Zentrumsparterie sollte die Wählerschaft auf Brünings Regierungskurs eingeschworen werden. Das geschah in aller Regel durch den vollständigen Abdruck von Brünings Reden, durch die Balkenüberschriften auf der ersten Seite. Hierzu einige Beispiele: *„Brüning weiß, was er will, handeln, nicht verhandeln! Vertrauen zum Kanzler!“* – *„Brüning wird es schaffen! Wir helfen ihm!“* – *„Brüning nach Bismarck der Beste!“*<sup>24</sup> Entsprechend wurde auch die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung durch den Kanzler gesehen. Sie gilt als notwendiger und einziger Schritt aus der parlamentarischen Krise heraus zu kommen.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Vgl. besonders die Broschüre: Vom Frontoffizier zum Reichskanzler, Karlsruhe 1932.

<sup>23</sup> Die Zitate wie auch zum Folgenden vgl. FTP 1.4.1932: Zwei Jahre Brüning.; vgl. auch: FTP 16.7.1932.

<sup>24</sup> PFB 4.7.1930 – FTP 10.2.1933 – FTP 16.7.1932.

<sup>25</sup> PFB 17.7.1930.



Außenpolitisch folgte man bis 1932 dem jeweiligen Kurs der Reichsregierung. Noch unter der Regierung Müller wurde der Abschluss der Haager Konferenz und die Unterzeichnung des Young-Planes positiv beurteilt. *„Es ging vorwärts!“*, lautete das zustimmende Urteil eines Kommentars im Pfälzer Boten. Gleichzeitig wurde auch noch eine Warnung *„an die getreuen Knechte des Herrn Hugenberg ausgesprochen, nicht wieder eine Dolchstoßlegende über den Young-Plan und seine Unterzeichnung zu erfinden“*.<sup>26</sup>

Die Räumung der Rheinlande am 30. Juni 1930 wurde schließlich als *„eine Garantie für den Weltfrieden“* gefeiert.<sup>27</sup> *„Der Rhein ist frei – damit ist eine Möglichkeit für die Fortführung des Werkes der Völkerverständigung und Versöhnung geschaffen. Es gilt jetzt zu verhüten, dass in Zukunft die durch den Abzug der Besatzung und die Erfahrung der Besatzungszeit abgeschlossenen Kämpfe um den deutschen Charakter der Rheinlande wieder entbrennen. ... Der Rhein ist deutsch, aber der deutsche Rhein ist keine Kriegsdrohung, keine Basis für kommende, Europa zerfleischende Kämpfe. Er ist nur eine Basis für Friedenssicherung, die nur erfolgen kann durch Ausräumung der letzten Versuche, Lebensrechte eines Volkes zu vergewaltigen oder künstlich einzuengen.“* Ganz in diesem Sinne betonte auch der Freiburger Oberbürgermeister Bender, dass die Räumung der Rheinlande nur auf dem friedlichen Wege der Verständigung erreicht werden konnte.<sup>28</sup> *„Dürfen wir nun aber damit zufrieden sein? Nein! Noch lastet der ungerechte Spruch des Versailler Vertrages, der uns mit Schuld belädt, auf uns. Wir erheben Einspruch gegen diesen ungerechten Spruch. Es lasten auf uns die Reparationslasten.“* Auch gedenke man in der Stunde der Rheinlandbefreiung der Saarbevölkerung, *„der Rückkehr dieses schönen Landes und seiner treuen Bevölkerung gelte in dieser Stunde in erster Linie unser Wunsch“*. Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Badische Zentrumspartei eine Außenpolitik unterstützte, die auf dem Wege der Verständigung politische Gleichberechtigung für Deutschland anstrebte, zugleich aber die Spuren des Versailler Vertrages auslöschte. Dabei wurde der französische Nachbar durchaus mit Misstrauen betrachtet, die deutsche Position aber immer als besonders zuverlässig, verhandlungsbereit und verhandlungswillig dargestellt.

Neben Reichskanzler Brüning bildete Reichspräsident von Hindenburg auch für die Badische Zentrumspartei die Zentralfigur der deutschen Politik, von der stets nur in ehrfurchtsvoller Bewunderung gesprochen wurde. Hindenburg sei der Mann der Tat, der Mann des entschlossenen Handelns. Hindenburg habe das deutsche Staatsschiff durch schwere Fährnisse mit sicherer Hand geführt.<sup>29</sup>

<sup>26</sup> Pfb 21.1.1933.

<sup>27</sup> Die Zitate wie auch zum Folgenden vgl. FTP 1.7.1930.

<sup>28</sup> FTP 2.7.1930.

<sup>29</sup> Die folgende Gegenüberstellung von Hindenburg und Hitler: FTP 9.3.1932: Bauer, Deine Stimme gehört Hindenburg.

„Hindenburg hat mit seinen Siegen nicht geprahlt, ... (er) ist aber die Verkörperung der deutschen Ehre. Auf ihn schaut nicht nur das In- sondern auch das Ausland, das gerade in ihm den Träger der deutschen Zukunft sieht. Hindenburg ist ein tiefgläubiger positiv eingestellter Mann, der die Rechte des Staates wahrt, aber auch der Kirche das ihre gibt. Hindenburg ist für die Erhaltung der konfessionellen Volksschulen, für christliche Zucht und Sitte.“ Gleichsam das Zerrbild Hindenburgs stellte Hitler dar. „Er ist der Mann des berauscheden Wortes. Er hat sich selbst Trommler genannt. Das stimmt, denn er ist ein Maultrommler.“ Er sei es gewesen, der 1923 durch einen wahnsinnigen Putsch das Reich an den Rand des Verderbens gebracht habe, wobei er, sein feierlich der bayrischen Regierung gegebenes Ehrenwort, keinen Putsch zu veranstalten, schmähslich gebrochen habe. „Seine Unterführer haben den Bruch des Ehrenwortes als erlaubtes politisches Kampfmittel dargestellt!“ Für die Reichspräsidentenwahl im April 1932 konnte dementsprechend die Parole nur lauten: „Mit Hindenburg zur äußeren Freiheit!“ – „Hindenburg muss siegen, weil Deutschland leben will!“ – „Mit Hitler rasch abwärts, mit Hindenburg langsam aufwärts!“<sup>30</sup> Neben der eindeutigen Warnung vor der Person Hitlers im Reichspräsidentenwahlkampf 1932 wandte sich die Badische Zentrumspartei auch unmittelbar vor den Reichstagswahlen immer an die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Berufsgruppen, um ihnen einen „Blick ins Dritte Reich“ zu vermitteln und aufzuzeigen, welche katastrophalen Folgen ein Wahlsieg der Nationalsozialisten haben würde.<sup>31</sup> In besonderem Maße wandte man sich einerseits an die Landwirtschaft, andererseits an die Frauen, die rund 2/3 des Stimmpotentials der Badischen Zentrumspartei ausmachten. Darüber hinaus wandte man sich auch an Wähler außerhalb der eigentlichen Klientel der Badischen Zentrumspartei. „Protestanten, Nichtkatholiken, wählt Zentrum! ... Heute handelt es sich nicht darum, kirchliche Bekenntnisse und kirchliche Weltanschauungen zu verfechten, sondern heute muss eine Katastrophe vermieden werden, mit der ein besinnungsloser Radikalismus Deutschland bedroht. Nur wenn das Zentrum aus dieser Wahl stark hervorgeht, wird jener Radikalismus genötigt sein, seine Pflöcke zurück zu stecken. Der tatsächliche Gegenspieler des Nationalsozialismus auf bürgerlicher Grundlage ist das Zentrum.“<sup>32</sup>

Mit dem Sturz Brüning trat auch die Badische Zentrumspartei in eine neue Phase ein. Das Pendel der innenpolitischen Berichterstattung der Badischen Zentrums Presse schlug von einer begeisterten und konstruktiven Haltung entspre-

<sup>30</sup> Alle Beispiel wiederholt als Balkenüberschriften in der FTP im März/April 1932.

<sup>31</sup> Bspw. BZ 10.5.1932: Ein Blick ins Dritte Reich. – FTP 14.6.1932: Volk freue Dich auf das Dritte Reich! Nazi-Justiz in Braunschweig. – FTP 26.7.1932: Die Herrlichkeit des Dritten Reiches! – FTP 30.7.1932: Die Frau und der Nationalsozialismus – FTP 19.7.1932: Das Enttäuschte Oldenburg. Die Bauern gegen die Naziregierung.

<sup>32</sup> FTP 1.7.1932: Wählt diesmal Zentrum! Ein Aufruf an Protestanten – Nicht Katholiken. FTP 19.7.1932: Protestanten, Nichtkatholiken wählt Zentrum. Die Zuschrift einer evangelischen Frau.

chend der veränderten Stellung des Zentrums zurück in Misstrauen und Ablehnung gegenüber der neuen Regierung Papen. Den Hauptkritikpunkt an der neuen Regierung bildete zunächst deren Sozial- und Wirtschaftspolitik, die als sozialreaktionär gebrandmarkt wurde und der man vorwarf, einseitig im Dienste von Schlotbaronen und ostelbischen Großagrariern zu stehen.<sup>33</sup> Vor allem aber sah man spätestens seit dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 die Demokratie und die föderative Ordnung des Reiches in Gefahr. *„Wohin führt dieser Weg? Reichskanzler von Papen Reichskommissar in Preußen, die Preußenregierung abgesetzt.“* – *„Dunkle Pläne, wie geht die Entwicklung der „Reichsreform“ weiter?“* – ... Die Reichsregierung *„trägt für alles, was sich ereignen wird, restlos die Verantwortung. ... das verfassungstreue deutsche Volk wird sich zur Abwehr jeder Diktatur zusammenschließen ... diese verschleierte Personalunion zwischen Preußen und dem Reich ist ein Signal für die Länder, ein Aufruf zum Kampf um die Erhaltung ihrer Eigenstaatlichkeit.“*<sup>34</sup> Schließlich setzte man den Plänen v. Papens zu Reichs- und Verfassungsreform ein eigenes Konzept entgegen, dessen Kernpunkt die Forderung der Suspendierung des Verhältniswahlrechts zu Gunsten einer Wiedereinführung des Mehrheitswahlrechts darstellte. Gerade das Proporzwahlrecht wurde von Seiten der Badischen Zentrumspartei maßgeblich für den Aufstieg der radikalen Parteien, sowie für die Parteienzersplitterung verantwortlich gemacht.<sup>35</sup> Sollte eine Rückkehr zu den Einerwahlkreisen des Kaiserreiches nicht möglich sein, so forderte man zumindest eine Verkleinerung der Wahlkreise und eine Abschaffung der Reichsliste, um auf diese Weise wiederum eine stärkere Bindung zwischen Volk und Abgeordneten zu gewährleisten.<sup>36</sup> Eine scharfe Abfuhr erteilte man dagegen auch den Plänen v. Papens bezüglich der Einführung eines Pluralwahlrechtes oder aber auch der Schaffung eines Oberhauses. Statt dessen forderte man vielmehr die Aufwertung des Reichsrates, Garantien für die Eigenständigkeit der süddeutschen Länder in Form von Reservatrechten,<sup>37</sup> sowie endgültig den Erlass eines Ausführungsgesetzes zum Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten. Auch kam es in der Papen-Ära zu einer Veränderung im Verhältnis zwischen Badischer Zentrumspartei und Nationalsozialismus. Bis dahin hatte lediglich der ehemalige Finanzminister Heinrich Köhler den Vorschlag geäußert, die Nationalsozialisten auf kommunaler Ebene an Koalitionen zu beteiligen, um auf diese Art und Weise die radikale Partei an den Staat heranzuführen, ohne jedoch mit diesem Vorschlag auf Zustim-

<sup>33</sup> Bspw. FTP 15.6.1933: Sozialabbau auf der ganzen Linie. FTP 9.7.1933: Die praktische Auswirkung der Notverordnung v. 14. 6.1932; FTP 18.7.1932: Heraus zur Entscheidungsschlacht.

<sup>34</sup> FTP 21.7.1932 / 22.7.1932.

<sup>35</sup> FTP 14.11.1932: Wahlrecht und Verfassungskrise.

<sup>36</sup> Hierzu wie auch zum Folgenden vgl. FTP 17.11.1932: Zentrum und Verfassungsreform; – zu der schon älteren und in Baden bereits verwirklichten Forderung der Badischen Zentrumspartei nach einer Verkleinerung der Wahlkreise vgl. Josef Schofer: Das Volk hat nun das Wort!, Karlsruhe 1929.

<sup>37</sup> BZ 10.10.1932: Der Parteichef gibt Antwort auf die politischen Fragen.

mung zu stoßen.<sup>38</sup> Als es jedoch im Gefolge der Wahlen vom 31. Juli 1932 zu Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP auf Reichsebene kam, trafen diese durchaus auf die Zustimmung des badischen Landesverbandes. Als Hauptargument für die Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP wurde dabei von Föhr ins Feld geführt, dass *„eine verfassungsmäßige Regierung, gestützt auf die Mehrheit des Parlaments nur möglich war, wenn es gelang in Verbindung mit den Nationalsozialisten eine verfassungstreue, arbeitswillige Mehrheit für den wirtschaftlichen Aufbau der nächsten Zeit zu gewinnen“*.<sup>39</sup> Das Zentrum habe sich nicht versagen dürfen, wenn die große Möglichkeit bestehe, diese große Partei positiv in den Staat einzubinden. 1918 habe man nicht anders gegenüber der Sozialdemokratie gehandelt, auch damals habe es unter den sozialdemokratischen Wählern Agitatoren und viele Revolutionäre gegeben. *„Bestehen nicht auch gegenüber der Sozialdemokratie, ganz besonders in kultureller Hinsicht, größte, sogar unüberbrückbare Gegensätze und ist nicht dennoch ein gedeihliches, positives Zusammenarbeiten möglich gewesen, weil man seitens der Führung die Gegensätze programmatischer Art zurückstellte und in gemeinsamer Arbeit und loyaler Verständigung sich den Augenblicksaufgaben für Staat und Volk widmet?“* Im Jahr 1919 sei es auf diese Art und Weise gelungen schweres Unglück fern zu halten, – wenn nun das Zentrum ähnlich denke und erneut den Versuch mache, ein Chaos zu vermeiden, so verdiene es darum keinen Tadel. Wenngleich Föhr anschließend betonte, dass er deshalb dennoch an seiner Kritik gegenüber dem nationalsozialistischem Programm und gegenüber den nationalsozialistischen Kampfmethoden festhalte, so wurde dennoch im Spätsommer und Herbst 1932 auch von der Badischen Zentrumspartei die NSDAP prinzipiell als koalitionsfähig angesehen. Demgegenüber sah man in der Badischen Zentrumspartei den eigentlichen politischen Hauptgegner nunmehr vor allem in v. Papen, Hugenberg und die hinter diesen stehenden als verfassungs- und katholikenfeindlich gebrannt markten ostelbischen Großagrarier. An dieser Auffassung hielt man auch während der nur kurzen Amtszeit von Reichskanzler v. Schleicher fest, was nach der Einsetzung des Kabinetts Hitlers am 30. Januar zu einigen eklatanten Fehleinschätzungen über die wahren Kräfteverhältnisse im „Kabinett der nationalen Konzentration“ führte.

Nachdem wir bisher das politische Profil der Badischen Zentrumspartei vor 1933 an Hand ihrer Haltung zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen herausgearbeitet haben, soll nun die grundsätzliche Einstellung der Partei zu politisch-weltanschaulichen Fragen untersucht werden. Dabei soll zunächst die Position zu Problemen der Wirtschafts- und Sozialordnung behandelt werden. Der maßgebliche Theoretiker der Badischen Zentrumspartei auf dem Gebiet der So-

<sup>38</sup> Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hrsg. v. Josef Becker. Stuttgart 1964, S. 63 mit Anm. 85, S. 300 f. und S. 309.

<sup>39</sup> BZ 10.10.1932: Der Parteichef gibt Antwort auf politische Fragen. – Zum Folgenden ebd.

zial- und Wirtschaftspolitik war dabei Prälat Dr. Anton Retzbach, der in seinen zahlreichen Publikationen zu diesem Thema im wesentlichen der katholische Soziallehre, wie sie in der Enzyklika *Quadragesimo anno* vom Mai 1931 Ausdruck fand, folgte.<sup>40</sup> Laut Retzbach handelt es sich bei der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht um eine konjunkturelle, sondern vielmehr um eine strukturelle. Einen Strukturfehler sah er zunächst im mangelnden Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie. Dementsprechend sprach er sich für eine Förderung der Landwirtschaft aus, so dass man jetzt alle Gelegenheiten nützen müsse, insbesondere im Osten, Siedlungsarbeit zu leisten, damit die große soziale Sünde der durch die Großagrarien betriebenen Bauernlegerei wieder gutgemacht würde. Deshalb verlange das Zentrum ein Siedlungsprogramm und ein Bodenreformgesetz, das auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut den Boden der gewinn-süchtigen Spekulation entziehe, aber auch dem Hausbesitz Gerechtigkeit wiederfahren lasse. Das Privateigentum sei mit einer sozialen Hypothek belastet, da sonst das Recht auf Privateigentum ins Gegenteil verkehrt und dem Menschen der Zugang zum Eigentum versperrt werde. Den zweiten, noch schlimmeren Strukturfehler, erkannte Retzbach in einem „schreienden Gegensatz“ zwischen Volk und Wirtschaft. Während einerseits ein ungeheuer großer Arbeitsapparat mit einer riesenhaften Produktionsfähigkeit, ein ausgebautes Verkehrswesen, genügend Nahrungsmittel und Industriewaren vorhanden seien, fänden diese andererseits keinen Absatz, weil Millionen von Menschen die Gelegenheit zum Verdienst nicht gegeben sei. Im Mittelpunkt der augenblicklichen Krise stünde die technische Entwicklung und das Maschinenproblem. Die Maschine sei dazu da, große Werke unter Ersparung von menschlicher Arbeitskraft zu schaffen, dem Menschen die Gefährlichkeit der Arbeit abzunehmen, die Produktionsleistung zur Versorgung einer wachsenden Volksmenge zu mehren und das Leben zu verbessern. Auf diese Weise gewinnen die Menschen Raum und Zeit zur Er-ringung einer höheren Kultur. Es könne jedoch nicht der Sinn der Maschine sein, Arbeit wegzunehmen und Verkümmern zu bringen. Technischer Fortschritt sei gut, aber nicht unter allen Umständen. Er sei nur dann begrüßenswert, wenn mit ihm ein sozialer Fortschritt verbunden sei. Den einzelnen Betriebsleitern könne es nicht überlassen bleiben, die Maschine nach Willkür und Gutdünken zu gebrauchen. Kurz, der Sinn der Maschine, der sie in den Dienst der Menschheit stelle, sei in sein Gegenteil verkehrt worden, dadurch, dass sie nur noch Verdienst schaffen solle. Ein weiterer Fehler sei die Misswirtschaft der Syndikate und Trusts, die in ihrer Auswirkung eine Verkreisung des kapitalistischen Sys-

<sup>40</sup> Zum Folgenden vgl. Anton Retzbach: Die Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung nach der Enzyklika *Quadragesimo Anno*. Freiburg i. Br. 1932. – Kurzfassung der sozialpolitischen Gedanken Retzbachs in seiner Landtagsrede v. 2. Februar 1933, abgedr. im BB 3.2.1933: Dr. Retzbach über die soziale Neuordnung und den berufsständischen Gedanken. Zu Retzbach vgl. die wichtige Studie von Winfried Halder, „Die soziale Frage ist keine bloß theoretische Frage ...“, in FDA 114, 1994, 191–227.

tems darstelle. Der Individualismus habe freilich höhere Lebensformen für das Volk geschaffen, der Individualismus habe in der Vergangenheit in der Überwindung der verkalkten Gesinnung der Zünfte eine gewaltige historische Mission gehabt. Doch die schönsten Ideen der liberalen Väter wären nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, es seien die Gegensätze zwischen Reich und Arm aufs ungeheuerlichste verschärft und die Klassen stünden sich wie feindliche Heere gegenüber. Die Entartung des Liberalismus sei in der Gegenwart noch gesteigert worden durch die Erscheinung anonymer Aktiengesellschaften ohne persönliche Verantwortung. Die Aufgabe der Stunde sei es deshalb, Ziele und Wege für eine bessere Neuordnung der Wirtschaft aufzuzeigen, ehe es zu spät sei, denn somit könne es tatsächlich dazu kommen, dass auch der Bolschewismus eine historische Mission zu erfüllen habe. Wenn man den Individualismus und den Sozialismus als Wirtschaftsform gleichermaßen ablehne, dann gebe es nur eine goldene Mitte, nämlich die berufsständische Ordnung. Eine solche Neuordnung gehe weiter als der Sozialismus und fordere eine planvoll geleitete Wirtschaft auf der ganzen Linie, in die der Staat als Regulator eingeschaltet sei. Der Sozialismus schalte das Individuum aus und anerkenne die Berufstände nicht als Zwischenglieder zwischen Staat und Einzelmenschen. Die Gemeinschaften, ausgestaltet mit einem naturgegebenen Selbstverwaltungsrecht, seien keine Interessensverbände, sondern Berufsverbände, die jeweils beide Klassen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, umfassen, um so ihre Sendung zu erfüllen. Auf diesem Wege könne die Arbeiterschaft organisch in die Gesellschaft eingegliedert werden, wobei jedes Bestreben, diese Ordnung zur Aufrichtung neuer Abhängigkeitsverhältnisse zu nutzen, abgelehnt würde. Das Zentrum gehe bei dieser Wirtschaftsneuordnung von der sozialen Natur des Menschen aus, der als Individualist geboren sei, aber in die Gemeinschaft hineinwachse. Im übrigen trage die berufsständische Ordnung einen ausgeprägt demokratischen Charakter. In ihr sei die Möglichkeit gegeben, dass der Einzelmensch die Kräfte seiner Persönlichkeit entfalte. Wer die Persönlichkeit und ihre Lebensrechte bejahe, könne kein Sozialist sein. Das Privateigentum als starke Kulturquelle würde dabei bejaht, die Wirtschaft forme sich so zur Ganzheit, die Volkswirtschaft könne damit ihre Sendung, dem Menschen den Lebensunterhalt zu geben unter der Beachtung des Grundsatzes der sozialen Gerechtigkeit erfüllen. Die Arbeiterschaft würde dadurch auch einen gerechten Anteil am Sozialprodukt erhalten. Die Berufstände sollten auch jene Organe sein, die zur Lösung des Maschinenproblems berufen seien. Der Mittelstand, den es zu stärken gelte, habe sich als krisenfester erwiesen als die Monopolbetriebe, wobei sicher sei, dass die Kleinbetriebe keineswegs die Wirtschaftsform der Zukunft bestimmten. Es müsse eine Auflockerung der Mammutbetriebe, deren Bürokratie nicht der ganzen Nation diene, sondern die Initiative und den Wagemut erstickten, erfolgen. Der Staat dürfe nicht zu mächtig sein, sondern solle die naturgegebenen Gemeinschaften in ihrer Selbständig-

keit schützen. Die Sache des Staates hingegen sei es, für echte soziale Rechtsordnung zu sorgen. Dabei könne in dem Augenblick, wo Monopolbetriebe sich als volksschädigend erweisen, zur Verstaatlichung gegriffen werden. In der berufständischen Ordnung würde das Kapital dem Menschen und nicht der Mensch dem Kapital dienen. Erreicht werden könnte die berufständische Ordnung auf entwicklungsmäßigem Wege, beispielsweise über Tarifgemeinschaften und über Bezirks- und Wirtschaftsräte. Dabei sei jedoch der Staatskapitalismus mit seiner Bürokratie und mit seiner unsozialen Einstellung abzulehnen. Zudem gelte es die Herzen zu sozialisieren, aber auch das sei eine Frage der Erziehung. Das Zentrum erstrebe mit seiner sozialen Neuordnung die Schaffung einer gesunden Familie als eine wahre gottgegebene Gemeinschaft, dass die Frau wieder zurück ins Haus komme und dass der Vater genügend Lohn zur Unterhaltung der Familie habe.

Ausgehend von diesen theoretisch-grundsätzlichen Überlegungen erstrebte die BZP in ihrer sozialen Tätigkeit die Verständigung der Stände, Überbrückung der Gegensätze und gegenseitiges Verstehen der sozialen Schichten.<sup>41</sup> Gerade diese soziale Verständigungsarbeit sei der Zentrumspartei als Schwäche ausgelegt worden. In Wirklichkeit sei es jedoch die große Stärke der Partei. *„Durch das Ringen der Stände innerhalb der Zentrumspartei und in der Zentrumsfraktion ist die Partei zu einer großen inneren politischen Reife gelangt. Das ist eine der wichtigsten Ursachen der heutigen Mittelstellung des Zentrums in Deutschland. Die Bezeichnungen Zentrum- und Mittelpartei sind also nicht Äußerlichkeiten, sondern treffen das Wesen der Zentrumspartei. Aus denselben Grundsätzen heraus ist die Zentrumspartei für Völkerverständigungspolitik und Völkerfrieden.“*

Weiterhin bekannte sich die Badische Zentrumspartei zu Staatsautorität und Staatsordnung als lebenswichtige Güter, ohne die das Zusammenleben der Menschen nichts weiter als ein chaotischer sich selbst zerstörender Menschenhaufen wäre. Eine Untergrabung der Staatsautorität und gewaltsame Beseitigung der Staatsordnung betrachte die Badische Zentrumspartei daher als eine schwere Verletzung der sittlichen Staatsbürgerpflichten. *„Sie lehnt also die gewaltsame Beseitigung der Staatsordnung ab und wird eine solche nie mitmachen, sondern dagegen arbeiten und kämpfen, solange die Aussicht besteht, gewaltsame Umwälzungen zu verhindern und solange sie Einfluss auf die Entscheidung hat. Die Staatsordnung ist für die Zentrumspartei mehr als die Staatsform. Formen wechseln entwicklungsmäßig. Die Staatsordnung ist ein bleibender, lebenswichtiger Wert für eine Volksgemeinschaft.“* In der heutigen Zeit sei die Staatsordnung bedroht, weil etwa 50% der aktiven deutschen Wählerschaft radikalisiert oder revolutioniert seien. Die Zentrumspartei werde in dieser Situation die dargelegte

<sup>41</sup> Zum Folgenden vgl. Generalsekretär Isele: Die konstruktive Idee in der Tagespolitik des Zentrums, in: FTP 16.2.1932, – die nachstehenden Zitate ebd.

Haltung einnehmen. Der Haltung der deutschen Zentrumsparlei komme eine große staatspolitische Stellung zu, weil sie in ihrer zahlenmäßigen Mittelstellung den Ausschlag gebe. Zu einer gesetzmäßigen verfassungsmäßigen Änderung der Verfassung sei die Zentrumsparlei jedoch bereit, soweit es das Volkswohl, das oberste Ziel der Zentrumsparlei, erfordere.

Vor dem Hintergrund der katholischen Staats- und Soziallehre, in der Grundaussagen zur politisch-ethischen Haltung gemacht werden, lässt sich nun die sehr umfangreiche Auseinandersetzung der Badischen Zentrumsparlei mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus einerseits und mit dem Nationalsozialismus andererseits behandeln.

Der Bolschewismus als „Volksvergifter“. Dies dürfte wohl das gemeinsame Fazit aller Stellungnahmen der Badischen Zentrumsparlei über die politische Praxis und das politische Denken des Kommunismus sein. Unter dem Artikel *„Wie sieht der Bolschewismus aus?“*<sup>42</sup> versuchte *Das Badische Zentrum* „ohne alle Voreingenommenheit“ ein Bild vom Russland der Gegenwart zu zeichnen, das ja von den Kommunisten stets als ein Paradies hingestellt werde, das es auch in Deutschland zu verwirklichen gelte. In vier Stichworten wurde anschließend das „wahre Gesicht des Bolschewismus“ dargestellt. *„1. Russland ist ein Parteienstaat.“* Russland sei gekennzeichnet durch die Diktatur der bolschewistischen Partei, einer verschwindend kleinen Minderheit, die über ein Volk von 160 Millionen herrsche. *„Die Macht der Partei ist unbegrenzt, es gibt keine anderen Rücksichten und keine anderen Rechte, als nur die der Partei. Das bolschewistische Russland ist ein Parteienstaat, von Demokratie keine Spur.“* *„2. Der Terror herrscht.“* Richtschnur für die Machtausübung bolschewistischer Herrschaft sei nicht Recht und Gerechtigkeit, sondern organisierter Schrecken und Terror. *„Keine Verfassung legt die Rechte und Freiheiten der Bürger fest, unbeschränkt herrscht die GPU, die politische Polizei. Der Terror ist als staatliches politisches Mittel anerkannt.“* *„3. Vernichtung der Familie: Wo in einem christlichen Staat die Ehe als ein Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft angesehen wird und daher den besonderen Schutz des Staates genießt, gibt es im bolschewistischen Russland offenbar keine Ehen mehr, sondern nur noch geschlechtliche Verbindungen.“* Die Ehe sei nach bolschewistischer Gesetzgebung eine Privatangelegenheit ohne jeden Bindungscharakter, die lediglich von einer staatlichen Stelle registriert würde. Die Streichung der Registrierung könne genauso leicht erfolgen wie die Beantragung. Der Bolschewismus zersetze bewusst die Familie, denn er wisse, dass sie der Hort von Sitte und Tradition sei und, dass einzig sie sich dem allmächtig sein wollenden Parteienstaat entgegenstellen könne. *„4. Religion ist Fusel: In diesen Sätzen ist die Ansicht des Bolschewismus über die Religion klar und deutlich ausgesprochen. Der Bolschewismus verhält sich zur Religion gegen-*

<sup>42</sup> BZ 10.11.1931.



*über nicht neutral, sondern er will sie vernichten, ausrotten. Der bolschewistische Staat ist atheistisch, gottlos ... die Erziehung der Kinder in der Schule, die ausschließlich durch den Staat erfolgt, ist atheistisch. Geistlichen aller Konfessionen ist es verboten Religion zu unterrichten.*“ Dementsprechend wurde der Zentrumswähler auch ausführlich über die Verfolgung der Kirche durch die Kommunisten in Sowjetrußland, aber auch in Spanien oder Mexiko unterrichtet, während man gleichzeitig davor warnte, dass der Kommunismus, der Totengräber der christlichen Kultur, auch bereits in Deutschland Fuß gefasst habe und man es deshalb nicht ernst genug mit seiner Bekämpfung nehmen könne.<sup>43</sup> Die deutlich antikommunistische Haltung, die in dem ideologischen Gegensatz zwischen Christentum und Kommunismus begründet war, wurde somit von der Badischen Zentrumspartei klar zum Ausdruck gebracht und war charakteristisch für alle Stellungnahmen zum Thema Kommunismus. Eine objektive rationale Auseinandersetzung mit den politischen Theorien von Marx oder Lenin oder die Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Kommunisten wie auch nach den Ursachen für den Wahlerfolg der Kommunisten trat zumindest in der Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Badischen Zentrumspartei demgegenüber weit in den Hintergrund.

Neben die stark antikommunistische Haltung trat bei der Badischen Zentrumspartei auch eine stark antinationalsozialistische Position. An zahlreichen, kaum zu bewältigenden Belegen, lässt sich die ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus vor der Machtergreifung deutlich ablesen. Es handelt sich bei diesen Belegen zum Teil um sehr detaillierte und überaus zutreffende Analysen der nationalsozialistischen Weltanschauung und der sozialen Zusammensetzung der NS. Wiederholt wurde eine deutliche Warnung vor der neuen politischen Bewegung ausgesprochen, deren Wirkung man nicht unterschätzen dürfe, wobei deutlich darauf verwiesen wurde, dass man sorgfältig zwischen der Ideologie des Nationalsozialismus sowie dessen politischen und sozialen Wunschbildern und Momenten, die zu seiner Verbreitung geführt hätten, unterscheiden müsse.<sup>44</sup> Als ein Element der nationalsozialistischen Weltanschauung wurde zunächst die *Verbindung von revolutionären und konservativen Zügen* erkannt. Der Nationalsozialismus wolle eine revolutionäre Bewegung sein, die sich gegen die heutige von den „Novemberverbrechern“ durchgesetzte Ordnung richten wolle. *„Diese Negation der heutigen Ordnung, diese Enthüllung der parlamentarischen Demokratie als volks- und massenfeindlich ist den Nationalsozialisten mit den Kommunisten gemeinsam. Auf ihnen beruht die hemmungslose Propaganda, die sie entfalten können. Aber neben diesem revolutionären Moment ist den Nationalsozialisten auch ein konservativer Zugang eigen. Sie beja-*

<sup>43</sup> Vgl. PFB 4.3.1930.

<sup>44</sup> Das Zitat – wie auch zum Folgenden: FTP 26.7.1930, vgl. auch: PFB 2.8.1930, 4.8.1930 und 5.8.1930.

*hen die Geschichte, d.h. die nationale Vergangenheit Deutschlands.*“ Diese Bejahung der nationalen Vergangenheit, insbesondere des Bismarckreichs, sei verbunden mit einer scharfen Kritik der Vorkriegszeit, des wilhelminischen Zeitalters. Zudem arbeite der Konservatismus der Nationalsozialisten mit revolutionären Methoden, denn er sei zu der Einsicht gekommen, „*dass eine heutige wirksame Politik nur mit Massen möglich sei. Infolge dessen zeigt sich bei den Nationalsozialisten ein gewisser, je nach den Gegenden mehr oder minder stark betont antibürgerlicher Zug*“, aus dem die Nationalsozialisten den Anspruch ableiteten, den Sozialismus von den bösen und schlechten Elementen, die in ihn durch die volksfremden und volksfeindlichen Schichten hineingekommen seien zu befreien, national zu machen und dadurch die nationale Vergangenheit in die heutige Zeit der Massen hinüber zu führen. Wie nun die Verbindung mit der Arbeiterschaft mit dem starken nationalen Staat geschehen soll, bleibe im Einzelnen höchst unklar, z. T. beriefen sich die Nationalsozialisten auf ständestaatliche Elemente, z. T. werde der italienische Faschismus als Vorbild angesehen. Die *Gefolgschaft* der Nationalsozialisten sah man auf Seiten der Badischen Zentrumsparterie vor allem in dem *Heer der Enttäuschten*, hierzu rechnete man im gleichen Maß deklassierte Offiziere, ehemalige hohe Beamte, Bürokraten, wie die Enttäuschten der nachrevolutionären Ordnung. Diese seien jedoch ihrer Mentalität nach utopisch eingestellt und „*da sie die Realität der Gegenwart ungenügend finden, macht auf sie eine Propaganda Eindruck, die großartige Wechsel auf die Zukunft ausstellt. Die wirtschaftliche Unerträglichkeit des heutigen Lebens scheint so groß zu sein, dass die heutigen Verhältnisse gar nicht mehr als Ordnung empfunden werden, daher akzeptiert man die Revolution, wenn sie von einer Gruppe propagiert wird, die noch nicht an der Macht war, die nicht an einer bestehenden Korruption mitbeteiligt zu sein scheint.*“ Die Kommunisten seien durch die Nachrichten aus Sowjetrußland diskreditiert. Außerdem habe man sich an sie bereits gewöhnt „*und so werden sie von den Nationalsozialisten abgelöst, die dazu noch den Enttäuschten des Mittelstandes und des Bürgertums lange nicht in dem Maße fremd sind, wie die Kommunisten. Denn trotz ihres Antikapitalismus und der Anklagen gegen das feige Bürgertum sind sie doch nicht prinzipiell besitzfeindlich*“. Zudem erkannte man auf Seiten der Badischen Zentrumsparterie die psychologischen Aspekte des Erfolgs der NS-Bewegung.<sup>45</sup> So verwies man auf die soziale Geltungssucht weiter zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft schwankender, aber doch im Bewusstsein nicht in das Proletariat absinken wollender Kreise. „*Die Angestellten und kleinen Beamten z. B. sind stolz darauf, mit den adligen Grundbesitzern und Offizieren*

---

<sup>45</sup> Neben dem hier referierten Artikel der FTP befasste man sich an anderer Stelle auch mit Gewalt und Gewaltverherrlichung als psychologische Komponente des NS: FTP 8.4.1932: Gewalt als nationalsozialistisches Instrument.

*usw. zusammen einer Sache zu dienen. Sie fühlen sich durch die Gemeinschaft in der nationalsozialistischen Arbeit zu ihnen sozial emporgehoben. Dem Nationalsozialismus gelingt auf diese Weise tatsächlich, wenigstens in seiner Agitation, ein gewisser Ausgleich der sozialen Gegensätze. Das Nationale ist das einende Band, gemeinsam mit der Enttäuschung über die heutige Ordnung.*“ An Hand des hier referierten Artikels der Freiburger Tagespost, der exemplarisch für andere angeführt wurde, kann gezeigt werden, dass in den Jahren 1930–32 sehr wohl eine qualitative Auseinandersetzung seitens der Badischen Zentrumspartei mit dem Nationalsozialismus stattgefunden hat. Im Zentrum der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus stand freilich die Frage nach der Vereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus, wobei die Antwort auf die Frage eindeutig negativ ausfiel. Als Grund für die Ablehnung des Nationalsozialismus von katholischer Seite, führte jedoch auch das *Badische Zentrum* nicht die politischen Ziele und Interessen der NS-Bewegung auf, sondern vielmehr die „*Grundsätze im nationalsozialistischen Programm, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind*“. (...) „*Es ist selbstverständlich, dass dieser Begriff einer neuen völkischen Weltanschauung, für den die Rassenfrage nicht nur den Schlüssel zur Weltgeschichte, sondern zur menschlichen Kultur überhaupt darstellt, auf den Widerspruch der katholischen Kirche stoßen musste.*“<sup>46</sup> In dem man Kardinal Bertram zitierte, betonte das *Badische Zentrum* weiterhin, „... *die katholischen Christen kennen keine Rassenreligion, sondern nur Christi weltbeherrschende Offenbarung, die für alle Völker den gleichen Glaubenschatz, die gleichen Gebote und Heilswirkung gebracht hat. Möge jedes Volk und jeder Stamm, alles Edle seiner Eigenart in diesem Reich des Königs Christus voll und ganz zur Entfaltung bringen.*“ Ganz in diesem Sinne betonte man auf Seiten des *Badischen Zentrums* auch die kulturelle Bedeutung des Judentums für die christlichen Gebete und die christliche Liturgie.<sup>47</sup> Auch die christliche Kunst, Malerei, Dichtung und Musik des Frühmittelalters seien maßgeblich durch das Judentum beeinflusst worden. „*Auf dem Gebiet der Philosophie vollbringt das Judentum eine Großtat, indem es den aristotelischen Geist ... zum Durchbruch im Abendland verhilft. Ein denkender Mensch kommt an der Wertschätzung der Kulturbedeutung des Judentums nicht vorbei, wo bleibt da die Berechtigung des Rufes >Juda verrecke<? Kann ein Mensch, der Wert darauf legt als Denker ernst genommen zu werden, ein solches Wort mit Überzeugung aussprechen?*“

Besonders scharf kritisierte man von Seiten des *Badischen Zentrums* den § 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms, in dem die Freiheit der Bekenntnisse im Staat garantiert wurde, so weit diese nicht den Bestand des Staates gefährdeten oder aber gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen

<sup>46</sup> Zum Folgenden vgl. BZ 10.1.1932: Das Kulturprogramm des Nationalsozialismus;

<sup>47</sup> FTP 25.6.1932: Die kulturelle Bedeutung des Judentums. Ein Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Krebs.

Rasse verstießen. *„Man sieht, wie zweideutig diese Formulierungen sind. Welche religiösen Bekenntnisse gefährden den Bestand des Staates? Es hat eine Zeit gegeben, wo man in Deutschland die katholische Religion für staatsgefährlich hielt. Es ist dies die Zeit des Kulturkampfes in der sogenannte nationale Kreise die katholische Kirche mit allen Mitteln zu unterdrücken versuchten.“*<sup>48</sup> Der hitlerische Faschismus sei nun durchaus liberal und offenbare einen Hass gegen Rom, der von der seinerzeitigen Los von Rom-Bewegung in nichts übertroffen worden sei. Rom und die weltumspannende Organisation der katholischen Kirche seien für den Nationalsozialismus die größten Gefahren, die das germanische Deutschland bedrohten. Immer und immer wieder höre man im nationalsozialistischen Lager von „dunklen undeutschen Einflüssen“, die von Rom ausgingen, immer wieder lese man vom „Geisteszwang der Kirche“. Ganz offen habe man seinerzeit in der nationalsozialistischen Presse auch für die Katholikenverfolgung in Mexiko Stellung genommen. Das alte Schlagwort vom Ultramontanismus mit der seinerzeit die Kulturkämpfer die Unterdrückung der Katholiken zu rechtfertigen suchten, habe bei den Nationalsozialisten eine grandiose Auferstehung erlebt. Der Nationalsozialismus wolle Vorkämpfer sein gegen den Ultramontanismus. *„Die deutsche Revolution“* kämpfe daher gegen kulturelle Überfremdung, im besonderen gehe dieser Kampf gegen das Judentum, im Verein mit den überstaatlichen Mächten der Freimaurerei und des Ultramontanismus. *„Das ist eine Kampfansage gegen die Katholiken!“* Ausgehend von dieser Überzeugung mangelt es auch in der Badischen Zentrums Presse nicht an Nachrichten über die NS-Bewegung und ihre Bewertung durch die Amtskirche: *„Erzbischof Karl warnt!“* *„Katholiken, was sagen eure Bischöfe über den Nationalsozialismus? Sie warnen eindringlich! Dokumente!“*<sup>49</sup> Im Gegenzug war man umso mehr darum bemüht, sich von eigenen, in der Regel auf publizistischen Gebiet tätigen Außenseitern, wie Pfarrer Senn aus Sickingen, der für die NS-Bewegung eintrat, zu distanzieren und ihre Aktivitäten zu verurteilen.<sup>50</sup> Um die Zweifelhaftigkeit der Nationalsozialisten zu belegen, stützte man sich neben dem Urteil der Bischöfe auch auf die Auslandspresse. Besonders gern zitierte man dabei Mussolini, der von den Nationalsozialisten schließlich als Vorbild angesehen wurde: *„Mussolini lehnt mit einer Mischung von Ironie und Ekel den Rassenschwindel oder Rassenwahn, wie er sich ausdrückt, ab. Er sagt, es gebe gar keine Rassen mehr. Aus glücklichen Mischungen habe sich im Gegenteil oft eine Kraft und Schönheit einer Nation ergeben. Auch den Antisemitismus, der den Nazis so teuer ist, lehnt Mussolini mit einer geringschätzigen Handbewegung*

<sup>48</sup> BZ 10.1.1932: Das Kulturprogramm der Nationalsozialisten. – Zum Folgenden vgl. Artikelserie Nationalismus – Christentum – Katholizismus in der FTP 13.5.1930, 14.5.1930, 16.5.1930.

<sup>49</sup> BZ 10.4.1931; FTP 30.7.1932.

<sup>50</sup> Zu Senn ausführlich: BZ 10.9.1931.

*ab. Für das, was in Deutschland gerade jetzt gegen das Judentum geschieht, hat der Duce nur drei Worte der Verachtung: aba, der Sündenbock.*<sup>51</sup> Insgesamt sprach aus allen Stellungnahmen der Badischen Zentrumspartei eine klare Absage an die Nationalsozialisten und auch eine klare Betonung der Unvereinbarkeit zwischen dem katholischen Christentum und der NS: „*Ob sie wollen oder nicht, sie werden es spüren, das katholische Volk ist der stärkste Gegner des Hakenkreuzes!*“<sup>52</sup>

### III. Vom Widerstand zur Anpassung: Zum politischen Selbstverständnis der Badischen Zentrumspartei zwischen Märzwahlkampf und der Auflösung der Partei im Juli 1933

Wer im Zuge der politischen Vorgänge um die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 eine entschiedene Absage an Hitler erwartete, wurde von der Badischen Zentrumspartei zunächst einmal enttäuscht. Vielmehr hatte sich auch bei dieser der Glaube durchgesetzt, „*Hitler müsse als der Gefangene, der um Hugenberg sich anvisierenden, kleinen aber geldmächtigen Großindustrie und Großbankengruppe betrachtet werden*“, die es von vorneherein auf eine Diktatur abgesehen habe und hoffe, diese mit Hitlers Hilfe auf „*legale Art*“ zu erreichen.<sup>53</sup> Papen und Hugenberg hätten sich innerhalb des Kabinetts eine Machtposition geschaffen, gegen die Adolf Hitler niemals würde aufkommen können.<sup>54</sup> Insbesondere von Hugenberg wurden neben Gefahren für die Verfassung vor allem soziale und konfessionelle Kampfmaßnahmen befürchtet.<sup>55</sup> Dementsprechend wurden auch in erster Linie die Deutschnationalen für den Ausschluss der Zentrumspartei von der Regierungsverantwortung und die Reichstagsauflösung verantwortlich gemacht,<sup>56</sup> wogegen man Hitler sogar unterstellte, dass er die Eile, mit der der Reichstag aufgelöst wurde, gar nicht ganz gebilligt habe.<sup>57</sup> Trotz dieser anfänglichen einseitigen Fixierung auf den politischen Gegner Deutschnationale und daher einer keineswegs immer zutreffenden Einschätzung Hitlers,<sup>58</sup> äußerte sich der *Pfälzer Bote* in seinem Leitarti-

---

<sup>51</sup> FTP 12.7.1932; auch: FTP 29.7.1932: Mussolini über Deutschtum und Katholizismus.

<sup>52</sup> PFB 31.1931.

<sup>53</sup> BB 8.2.1933 Das Württembergische Zentrum zum Wahlkampf.

<sup>54</sup> BB 19.2.1933 Zur Geschichte des Kabinetts der „Nationalen Konzentration“; in diesem Sinne auch: BB 1.2.1933: Kurs Hugenberg?

<sup>55</sup> Vgl. bspw. BB 19.2.1933: Katholiken Augen auf! Deutschnationale fordern die Aufhebung des preußischen Konkordats; – in diesem Sinne auch vgl. BB 1.2.1933: Kurs Hugenberg?; Ebd.: Aufbruch der christlichen Gewerkschaften; BB 7.2.1933: Für oder gegen christliche Sozialpolitik; BB 8.2.1933: Gefährdung katholischer Interessen; BB 11.2.1933: Das Geheimnis dieses Wahlkampfes.

<sup>56</sup> Vgl. BB 3.2.1933: Der sabotierte Auftrag; BB 4.2.1933: Die erste Wahlente; BB 15.2.1933: Wer ist Schuld an der Reichstagsauflösung und den Neuwahlen?

<sup>57</sup> PFB 4.2.1933.

kel vom 3. Februar 1933 recht eindeutig über Absichten und Programm der neuen Reichsregierung: „Also: kein positives Programm außer ganz allgemeinen Redewendungen, die nur den Absichten früherer Reichsregierungen entnommen sind, immer nur das Was, nichts vom Wie. Statt dessen aber die Aussicht eines Terrors in Verwaltung, Justiz, Pressefreiheit, Arbeitsrecht und gegen Wohlfahrtseinrichtungen ..., der unser Vaterland in ein großes Zuchthaus umzuwandeln droht, so arg wie Russland selbst.“ Im kommenden Märzwahlkampf wurde der Vorwurf der Parteilichkeit, der persönlichen Bereicherung von NSDAP-Mitgliedern und der einseitigen Nutzung staatlicher Ressourcen (Rundfunk) zu Gunsten der Reichsregierung zu einem der Hauptargumente der Badischen Zentrumspartei.<sup>59</sup> Zudem wies man immer wieder auf die Inhomogenität innerhalb der Reichsregierung selbst, sowie auf die Plan- und Konzeptionslosigkeit der Nationalsozialisten zur Lösung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme hin: „Wenn man von einem Vierjahresplan redet, muss man auch einen Vierjahresplan haben, muss man auch in einem Augenblick, in dem man die Regierung übernimmt, wissen was man will. Warum hat die Regierung den Vierjahresplan noch nicht vorgelegt? Weil sie keinen hat! Sie hat nicht soviel, was unter den Fingernagel geht, höchstens Dinge, die Stimmung machen; wenn sie sagen, dass sie einen Plan haben, so haben sie nichts.“<sup>60</sup> Trotz dieser deutlichen Kampfansage war auch über dem Wahlkampf der Badischen Zentrumspartei der Druck der Notverordnungen deutlich zu spüren.<sup>61</sup> Dennoch zog die Badische Zentrumspartei in den Schlusskundgebungen am Vortag der Wahl eine mutige und kritische Bilanz der nationalsozialistischen „Leistungen“ in der Regierung. So zeigte man in den üblichen Wahlkampfaufrufen auf, dass es sich bei den vollmundig angekündigten Sofortmaßnahmen der Nationalsozialisten zu Gunsten des Mittelstandes oder auch zu Gunsten der Landwirtschaft entweder um bereits fertig ausgearbeitete Programme der Vorgängerregierung handelte, oder aber um solche Maß-

<sup>58</sup> Ein anschauliches Beispiel für die einseitige Fixierung auf den politischen Gegner DNVP, während man gleichzeitig ein Zusammengehen mit der NSDAP in den ersten Tagen/Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler für möglich hielt, bildet die Rede des Vorsitzenden der badischen Windhorstbunde Schmerbeck, in der dieser betonte: *„Ihre Störungsversuche (DNVP) zur Annäherung zwischen NSDAP und Zentrum waren von Erfolg ... Das Zentrum hat mit Hugenberg gar nichts gemeinsam, mit den Nationalsozialisten aber das Bestreben einer sozialen Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme.“* (BB 21.2.1933) – vgl. auch BB 15.2.1933 „... Hier mache ich einen Unterschied zwischen Hitler und Hugenberg. Mit Hitler wären wir einig geworden, mit Hugenberg werden wir nicht einig werden. ...“ (Aus einer Rede des württ. Staatspräsidenten Bolz).

<sup>59</sup> Vgl. bspw. BB 5.2.1932: Parteipolitik auf nächtlichem Sender; BB 16.2.1933: „Endlose“ Rede des Parteiführers Hitler; BB 25.2.1933: Was man als Staatsbürger verlangen kann und muss; FTP 4.3.1933: Nicht einmal eine Antwort! – Aber wir wissen eine Antwort.

<sup>60</sup> BB 15.2.1933: Wo bleibt der Plan?; vgl. auch: BB 23.2.1933: Die große Enttäuschung.

<sup>61</sup> Druck wurde v.a. durch eine massive Verbotwelle der Zentrumsorgane in der Woche unmittelbar vor der Märzwahl ausgeübt, der BB wurde vom 28.2.–2.3.1933 erstmals in seiner 70-jährigen Geschichte mit einem Erscheinungsverbot belegt. Vgl. BB 3.3.1933: Endlose Zeitungsverbot in Baden. Fast die gesamte Zentrums Presse war, ist oder wird verboten.

nahmen, die Eindruck erwecken konnten, denen aber keine entscheidende Bedeutung für die Landwirtschaft zukam. Andere, entscheidende, ja lebenswichtige Maßnahmen, die jedoch zum Konflikt mit dem Ausland führen könnten, wurden bis nach der Wahl verschoben.<sup>62</sup> Deutlicher wurde man mit einem Aufruf an die Beamtenschaft. *„Ohne jede Hemmungen werden alte bewährte Beamte, die dem Staate treu gedient haben, kurzerhand, ja sogar telefonisch ihrer Ämter entsetzt und das, nur weil sie nicht das Parteibuch der Januarparteien haben. An ihre Stelle setzt man ausgesprochene Parteileute.“* Jeder Beamte, der nicht wolle, dass an die Stelle der aufrechten und geraden Persönlichkeit der Konjunkturritter und Pöstchenjäger trete, jeder Beamte, der dem historisch gewordenen Berufsbeamtentum dienen und den Rechts- und Verfassungsstaat erhalten wolle, müsse daher bei den bevorstehenden Wahlen die Zentrumspartei wählen.<sup>63</sup> Dennoch, der Märzwahlkampf wurde von der Zentrumspartei in Baden bewusst sachlich geführt, es fehlte der früher typische kämpferische Ton. Vergeblich sucht man in den Organen der Zentrumspartei nach Karikaturen und Polemiken gegen den politischen Gegner. Vielmehr versuchte man mit Sachargumenten die eigene Zentrumsposition glaubhaft und überzeugend darzustellen. Besonders wurde dabei die Brüningsche Politik hervorgehoben, die Aufbauarbeit des Zentrums nach 1918 überhaupt. Die *Freiburger Tagespost* brachte gleich eine ganze Serie von Artikeln, in denen dargelegt wurde, dass es die Vertreter des Zentrums, wie Erzberger, zusammen mit der Sozialdemokratie waren, die im Jahr 1918 Verantwortung für das schwankende Deutsche Reich übernommen haben und deren Verdienste bisher von allen Reichsregierungen, einschließlich der Bürgerblockkabinette, anerkannt wurden. Dagegen wurde konstatiert, dass die Vertreter der „Nationalen Erhebung“ im Jahr 1918 versagt hatten, ja sich vielmehr vor der Verantwortung gedrückt hatten (Ludendorff). Mit betonter Sachlichkeit wurde dies durch Memoireneinträge und die Akten des Reichstages belegt.<sup>64</sup> Daneben wurde wiederholt betont, dass die Reichstagswahl vom 5. März die entscheidende, vielleicht auch die letzte Wahl sein werde, was freilich bereits schon bei den Wahlen vom 6. November 1932 befürchtet wurde,<sup>65</sup> und dass sie gegen den Willen des Zentrums dem deutschen Volke aufgezwungen wurde. Ganz in diesem Sinne hieß es in einem der vielen Wahlkampfaufrufe *„... Eine unsagbar harte und schwere Zeit ist für uns angebrochen, es geht um eine große Zeit, eine Zeit der Erhebung, der Sammlung, des gemeinsamen Einsatzes aller Kräfte, der Vereinigung unserer Herzen und unserer Seelen zu einem durch alle Gewalt*

<sup>62</sup> FTP 4.3.1933: Badischer Bauer! Wirkliche Bauernhilfe oder Wahlkampfagitator?; Ebd.: Die wahren Helfer des Mittelstandes.

<sup>63</sup> FTP 1.3.1933: Deutsche Beamte.

<sup>64</sup> Vgl. u.a. FTP 28.2.1933: Erzberger und die Hitler-Versammlung in Stuttgart; FTP 2.3.1933: Eine Erinnerung; FTP 3.3.1933: Wer uns regiert. Gegen Einrechnung der Novemberparteien; Ebd.: Am Zentrumsturm zerbrach die rote Flut; FTP 4.3.1933: Gegen die Anforderung an Gedächtnisschwäche.

<sup>65</sup> PFB 5.11.1932.

nicht zerstörbaren granitenen Block, an dem alle Wogen und Stirne zerschellen werden! Hörest du Zentrumsmann, du Zentrumsfrau, du jugendlicher Zentrums kämpfer! Es geht um Barbarei oder christliche Ordnung und Kultur, Knechtschaft oder Freiheit. Am 5. März weißt du, was du zu tun hast!“<sup>66</sup> Was schließlich die Wahlaussichten anbelangte, so war man denkbar optimistisch, rechnete mit ca. 90–100 Abgeordneten für Zentrum und Bayerische Volkspartei, denen wiederum 120 Abgeordnete der bürgerlichen Mitte und 240–250 Abgeordnete der vereinigten sozialistischen Parteien gegenüber saßen. Dagegen erhalte die Regierungskoalition in etwa 260 Mandate, wobei die Vermutung nahe liege, „dass die Nazi-Partei einen weiteren Rückgang erfahren werde. Dass Hitler mit von Papen und Hugenberg in einer Regierung sitzt, hat vielen Arbeitern, Arbeitslosen, Rentnern usw., die bisher für Hitler schwärmten, die Augen geöffnet. Sie wandern vorwiegend ins linke Lager ab.“<sup>67</sup> Damit seien die Aussichten für die herrschende Regierungskoalition die denkbar schlechtesten.

Die Wahlergebnisse vom 5. März wurden als eine Festigung der Position des Zentrums gewertet. Die Hälfte des deutschen Volkes lehne die Aufrichtung des Regimes einer einzelnen Partei ab, die Mehrheit der deutschen Staatsbürger wollte keine Gleichsetzung einer Partei mit dem deutschen Staate. Für eine verfassungsändernde zweidrittel Mehrheit sei im Reichstag noch immer die Zustimmung des Zentrums notwendig, weshalb diesem auch in Zukunft im Parlament eine Schlüsselrolle zukomme. Es sei weiterhin zum Ausdruck gebracht, dass Zentrum und Bayerische Volkspartei den Wall gegen alle einseitige politische Vorherrschaft und Experimente und Anschläge bilden sollen. Damit sei die Rolle des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch die Verantwortung viel größer als im vergangenen Reichstag.<sup>68</sup> Auf die Rundfunkrede des Reichspressechef Funk über die Situation nach der Wahl, in der dieser das schlechte Abschneiden der Zentrumspartei betont hatte, erwiderte man selbstbewusst „wir haben dieser Erklärung des Reichspressechefs in punkto Rückgang der Zentrumspartei noch hinzuzufügen, dass wir in unserer Propaganda wesentlich eingeschränkt waren. Uns stand kein Rundfunk zur Verfügung, wir hatten nicht die Geldmittel wie die Regierungsparteien, unsere Presse war geknebelt, die Versammlungen überwacht – während auf der anderen Seite völlige Freiheit herrschte. Unter diesen Umständen bedeutet unser Wahlergebnis erst recht einen Sieg, den wir uns von der Reichspressestelle nicht verschleiern lassen.“<sup>69</sup> Die Ursache für den Erfolg der Nationalsozialisten, auch in katholischen Kernregionen, wie dem benachbarten Oberschwaben, sah man einerseits in der „absolut rück-

<sup>66</sup> BB 24.2.1933.

<sup>67</sup> BB 21.2.1933: Wie wird der neue Reichstag aussehen?; – vgl. auch: BB 8.2.1933: Endgültige Grenzen.

<sup>68</sup> Zur Bewertung des Reichstagswahlergebnisses vgl. BB 6.3.1933: Der Hitlersturm am Zentrumsturm zerschellt; Ebd.: Unerschütter!; BB 7.3.1933: Nunmehr Taten; BB 8.3.1932: Tatsachen.

<sup>69</sup> FTP 8.3.1933: Der Reichspressechef zur Lage nach der Wahl.



sichtslosen, nur auf Erfolg eingestellten Wahlpropaganda der NSDAP“, zum anderen in der trostlosen Lage der Landwirtschaft. Aus lauter Frustration und Verzweiflung sei es bei der Bauernschaft zu einer Abkehr vom Zentrum bei gleichzeitiger Stimmabgabe für die Nationalsozialisten gekommen.<sup>70</sup>

Der Tag von Potsdam erfuhr durch die Badische Zentrumspartei zunächst eine alles andere als positive Bewertung. Noch im Wahlkampf wurde von einem „Gegensatz Potsdam – Weimar“ gesprochen, der sofort auftauchte, „wenn man hört, dass der neue Reichstag in der Potsdamer Garnisonskirche zusammentreten soll. (...) An die Stelle des Geistes von Weimar tritt der Kommissstiefel von Potsdam und das ein Jahr nach dem Goethejahr! Das ist mehr als symbolisch, das besagt mehr als alles andere, wohin der neue Kurs geht. Die Geister der alten Preußenkönige gehen um im Volk der Dichter und Denker, militärischer Drill und Kommandorufe übertönen die Stimme der Vernunft und das Ringen der Geister um die Begriffe Freiheit, Demokratie, Staat und Volk.“<sup>71</sup> Mit der Machtergreifung in Baden änderte sich freilich der Tonfall in der Badischen Zentrums Presse bzw. den offiziellen Verlautbarungen badischer Zentrums Politiker. Dennoch war man unmittelbar vor dem Tag von Potsdam zwar bereit, diesen als „großes Erlebnis in der Geschichte der deutschen Volkwerdung“ zu akzeptieren, jedoch betonte man, dass der Tag diese Bezeichnung nur dann verdiene, wenn die zukünftige politische Praxis, die sich jedoch nicht im „Einparteiensystem“ abspielen könne, die Vorbehalte des katholischen Deutschland berücksichtige.<sup>72</sup> Auch die Badische Zentrumspartei bekannte sich zu einem „Deutschen März“, doch forderte sie für den deutschen Staat Recht und Gerechtigkeit, Frieden, Ordnung und Arbeit ein. Noch immer gelte der Grundsatz: „Gerechtigkeit ist das Fundament aller Reiche, denn der Gerechtigkeit Frucht ist der Friede.“<sup>73</sup> Indem man die Mitarbeit der Zentrumspartei in Aussicht stellte, forderte man die Reichsregierung auf, an die Stelle von Terror und Verfolgung den Geist der Versöhnung zu setzen und auch die 48 % der Deutschen, die am 5. März ihre Stimme nicht der jetzigen Reichsregierung abgegeben haben, nicht mehr als Deutsche 2. Klasse anzusehen und sie zu diffamieren.<sup>74</sup> Die Frage der Zustimmung der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz fand in der badischen Zentrums Presse in der Woche vor dem 23. März eingehende Erörterung. „Hier heißt es: Mit oder ohne Zentrum. Mit: Dann kann nicht im gleichen Augenblick der Kampf gegen uns begonnen werden, dann sind wir ebenso aufbauende, nationale Kräfte wie die anderen. Dann haben wir auch ein Recht zu hoffen, dass das mit Hilfe des Zentrums angenommene Ermächtigungsgesetz nicht eines Tages gegen uns sich auswirkt.“

<sup>70</sup> BB 19.3.1933: Zum Wahlausfall in Württemberg.

<sup>71</sup> PFB 4.3.1933 – vgl. auch: FTP 4.3.1933.

<sup>72</sup> PFB 21.3.1933.

<sup>73</sup> BB 22.3.1933: Deutscher März!

<sup>74</sup> BB 21.3.1933: Zum Zusammentritt des Reichstages.

*Auch das Dritte Reich muss auf Recht und Gerechtigkeit aufgebaut werden, will es bestehen. Es unterliegt denselben Gesetzen wie andere Reiche. Will man aber ohne uns regieren, dann geht es um die Verfassung. Auf das >Notwerk von Weimar< ist von Hindenburg und dem Kabinett der Eid geleistet worden – immer noch müssen Eide heilig sein.*<sup>75</sup> Eine einigermaßen widersprüchliche Argumentation, denn während man sich einerseits auf die Verfassung berief, trug man sich gleichzeitig mit dem Gedanken, einem Gesetz zuzustimmen, das durch die Aufhebung elementarer Grundrechte eben diese Verfassung aushöhlte. Die Ausführungen zeigen aber auch, wie sehr man in Zentrumskreisen sich darum bemühte, den Vorwurf man sei nicht national, vaterländisch, aufbauwillig und dergl. mehr zu entkräften.<sup>76</sup> Immer mehr sah man sich auch gezwungen, die Notwendigkeit eines Fortbestehens und einer Mitarbeit der Zentrumsparlei im kommenden „Dritten Reich“ zu bekräftigen. Dem Zentrum sei es gelungen, als Volkspartei über zwei Generationen hinweg die großen Stände der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft miteinander zu versöhnen. Dem Nationalsozialismus stehe diese Aufgabe noch bevor. Angesichts der großen Herausforderung auf dem Gebiet der Außen- und der Wirtschaftspolitik könne die NSDAP daher die Mitarbeit des Zentrums keineswegs zurückstoßen.<sup>77</sup> Einhergehend mit der Beteuerung der nationalen Zuverlässigkeit der Katholiken fand auch in der Sprache der badischen Zentrumspresse ein eindeutiger Umschwung statt. Immer häufiger war vom „*Gedanken der Sammlung*“, der „*Fortführung des nationalen Rettungswerkes*“, „*dem Gemeinsamen*“ mit der neuen Regierung, „*der Erneuerung des Deutschen Volkes*“, dem „*Gedanken der Neugestaltung des Reiches*“ oder von der „*Ehrenrettung Deutschlands vor der Welt*“ die Rede.<sup>78</sup> Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes seitens der Zentrumsfraktion begründete schließlich Prälat Föhr in einer Ansprache vor dem Freiburger Zentrum vom 31. März mit dem Hinweis auf die Gefahr chaotischer Weiterentwicklung und blutiger Auseinandersetzung:<sup>79</sup> „*Daher mussten wir uns für die Wiederherstellung geordneter Zustände einsetzen.*“ In dieser Aufgabe wolle man die Regierung auch in Zukunft unterstützen. Die Aufgabe sei schwer und darum sei das Zentrum bereit gewesen, durch ein Ermächtigungsgesetz die Arbeit zu unterstützen. An anderer Stelle war davon die Rede, dass durch das Ermächtigungsgesetz „*Ruhe und*

<sup>75</sup> PFB 18.3.1933.

<sup>76</sup> Vgl. bspw. FTP 20.3.1933: Katholiken und Nation; BB 4.3.1933: Ein Frontsoldat an seine Kameraden; BB 3.5.1933: Katholische Jugend im FAD; – neben der nationalen Zuverlässigkeit der Katholiken wurde selbstverständlich auch die antikommunistische Haltung deutlich betont vgl. bspw. BB 4.3.1933: Der Kampf des Zentrum gegen Kommunisten und Gottlosenbewegung.

<sup>77</sup> BB 5.3.1933: Zentrum und Volksgemeinschaft.

<sup>78</sup> Beispiele für einen markanten „Umschlag“ in der Sprache bilden u.a. BB 21.3.1933: Das Gemeinsame (Rede v. Dr. Hackelsberger vor dem Berliner Industriellen Verband); BB 23.3.1933: Wir Jungen/Ein Bekenntnis; BB 25.3.1933: Zur Rede des Reichskanzlers; FTP 29.3.1933: Rettung des Deutschtums.

<sup>79</sup> Zum Folgenden Abschnitt vgl. FTP 31.3.1933: Prälat Dr. Föhr zur neuen Lage; – vgl. auch den Kommentar des PFB v. 24.3.1933.

Ordnung“ sowie „innere Stabilität“ am schnellsten gewährleistet und zum „Rechtsstaat“ zurückgekehrt werden könne. Es sei Zentrum und Bayerischer Volkspartei zwar keineswegs leicht gefallen, aber sie hätten das große Opfer der Zustimmung gebracht, da sie sich „dem Volk und dem Staat in dieser Schicksalsstunde nicht versagen“ wollten. Zwar gab Föhr zu bedenken, das Ermächtigungsgesetz sei in seiner rechtlichen Ausweitung unabsehbar, aber moralisch sei es eingeschränkt durch die bei den Verhandlungen mit der Regierung gemachten Feststellungen, wie durch die feierliche Regierungserklärung, in der die meisten Feststellungen gegenüber dem Prälaten Kaas ihren Niederschlag gefunden hätten. Die noch zuvor geäußerten Bedenken und Zweifel hinsichtlich der Gefahr eines Missbrauches des Ermächtigungsgesetzes schienen ausgeräumt und vergessen, ebenso die ganzen Umstände, unter denen die gegebene politische Situation überhaupt zu Stande gekommen war. Vergessen schien auch zu sein, wie viel Schwierigkeiten es für die Demokraten seit Hitlers Machtübernahme bereits gegeben hatte, z.B. Presseverbote, Versammlungseinschränkungen, Verhaftungen von KPD- und SPD-Abgeordneten und dergl. mehr. Stattdessen wurde weiter ausgeführt, das Zentrum und darüber hinaus das ganze Volk habe nun die Pflicht nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen. „Denn wir wollen nicht nur, sondern wir müssen in Geltendmachung all unserer Kräfte, die wir dem Staat und unserer Nation zur Verfügung bereit zu stellen sind, mithelfen an dem großen Neuen, das im Werden ist.“ Dennoch bedurfte es keines genaueren Hinsehen, um festzustellen, dass das krampfhaftes Bekenntnis des badischen Parteichefs auch teilzunehmen an der „Nationalen Erhebung“, keineswegs freiwillig erfolgte, vielmehr erzwungen war. So erklärte Föhr, dass noch immer Zentrumsleute in Schutzhaft gesetzt, dem Zentrum angehörende Gemeindebeamte in Zwangsurlaub geschickt und zum Zentrum sich bekennende Arbeiter bei Einstellungen zurückgesetzt würden. Genauso krampfhaft klammerte man sich an die Hoffnung, dass es sich hierbei nicht um den Ausfluss von Hitlers Willen, sondern vielmehr um Übergriffe untergeordneter Parteiorgane, ja um Übergangserscheinungen handle. Dennoch, der Niedergang der Badischen Zentrumspartei hatte eingesetzt. Bereits in seiner Rede vor dem Freiburger Zentrum hatte Föhr anklingen lassen, dass es zu ersten spürbaren Austrittsfällen aus dem Badischen Zentrum gekommen war. In wiederholten Aufrufen wandte er sich in den nächsten Wochen an die Beamtenschaft und stellte klar, die Reichsregierung habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei rechtlich kein Grund für eine Beurlaubung sei.<sup>80</sup> Dementsprechend bat Föhr um Mitteilung, wenn sich jemand wegen seiner Zugehörigkeit zum Zentrum zurückgesetzt fühle, um es der Reichs- bzw. Landesregierung zur Kenntnis zu bringen. Immer öfter erschienen nunmehr auch im *Badischen Beobachter* Arti-

<sup>80</sup> BB 4.5.1933: Beamtenschaft und Zentrum; BB 16.4.1933: Zentrumsleute in Stadt und Land.

kel, in denen an Hand von Aussagen führender Nationalsozialisten unter Beweis gestellt werden sollte, dass man sich auch in der „nationalsozialistischen Intelligenz“ darüber im klaren sei, man brauche zum Aufbau des „Neuen Staates“ alle Kräfte, „die mit persönlicher Tüchtigkeit starke Liebe zum Vaterland verbinden, ob sie nun der nationalsozialistischen Partei angehören oder nicht“. <sup>81</sup> Ein Konjunkturübertritt zu den Regierungsparteien bringe keinerlei Vorteile, vielmehr sei sich der Nationalsozialismus darüber im Klaren, „dass >Bekehrungen<, die nur darauf ausgehen, aus Eigennutz den Mantel nach dem Wind zu hängen, wenn sie als solche erkannt werden, nichts für sich zu hoffen haben. Nur charaktervolle Persönlichkeiten können den Aufbau erfolgreich gestalten, nicht Charakterlumpen!“ Im Gegenzug versuchte man an Hand der Berufung des Grafen Quadt-Isny (BVP) zum bayerischen Wirtschaftsminister zu beweisen, dass auch Hitler Willens sei, Männer und Parteien zur Regierungsbildung zu gewinnen, „die außerhalb des Kreises der Parteien und Organisationen der nationalen Revolution stehen“. Man glaubte sogar, dass eine ähnliche Berufung von Zentrumsministern auch in anderen Staaten erfolgen könne. <sup>82</sup> Mit demselben Überschwang berichtete der *Badische Beobachter* schließlich über die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP im Gefolge der Senatswahlen in Danzig. <sup>83</sup>

Unter der groß aufgemachten Überschrift „*Brüning löst die Deutsche Zentrumsparlei auf*“ wurde in der Badischen Zentrumspresse zum einen „*Der offizielle Beschluss*“ dokumentiert und zum anderen „*Die letzte Kundgebung der Zentrumsleitung*“ abgedruckt. <sup>84</sup> Es dürfte dem damaligen Zeitungsleser wohl nicht schwer gefallen sein, aus den durchaus vorsichtigen, aber geschickt formulierten Ausführungen den massiven Druck heraus zu lesen, unter dem die Parteiauflösung stattgefunden hatte. Gleichsam „durch die Blume“ erfuhr der Leser von der Beschlagnahme des Parteieigentums, Verhaftungen, Diffamierungen und Zurücksetzung ehemaliger Parteimitglieder, schließlich von der ungleichen Behandlung der katholischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen.

Ergänzt wurde die offizielle Bekanntmachung von der Auflösung der Zentrumsparlei in der gesamten Badischen Zentrumspresse durch einen Kommentar, <sup>85</sup> in dem auf das Absterben des Parlamentarismus seit Brüning und die Beschleunigung dieses Prozesses unter Papen, Schleicher und schließlich Hitler hingewiesen wurde. Zugleich wurde versichert: „(...) *Zum ersten Mal in der mo-*

<sup>81</sup> Die Zitate: BB 4.4.1933: Der Beamte im Neuen Reich. – bspw. auch: BB 21.5.1933: Gegen Konjunkturritter und Märzlinge.

<sup>82</sup> BB 28.4.1933: Das bayerische Vorbild; BB 10.5.1933: Stimmen aus Bayern.

<sup>83</sup> BB 19.6.1933: NSDAP und Zentrum bilden Danziger Regierung; Ebd.: Zur Danziger Regierungsbildung.

<sup>84</sup> Vgl. PfB 6.7.1933.

<sup>85</sup> Zum Folgenden vgl. FTP 6.7.1933 und PfB 6.7.1933.

*dernen staatlichen Entwicklung ist die Sicherung der christlichen Lebensgüter, die Sicherung der religiösen Erziehung des Volkes von dem Träger der neuen Staatsgewalt feierlich verbürgt worden.*“ Das Reichskonkordat müsse zwischen staatlichen und kirchlichen Interessen, Bedürfnissen und Erfordernissen unterscheiden. Damit könne eine der wichtigsten Aufgaben der Parteien des deutschen Katholizismus als gesichert angesehen werden. Aufgrund dessen falle der Abschied von Zentrum und BVP weniger schwer. Die Aufgabe der Zukunft sei die Neugestaltung des staatlichen und sozialen Lebens. Gerade hier habe das katholische Volk das Glück *„eine reiche Gabe zu dem Bauwerk der Zukunft beizutragen und zwar die gesicherte, katholische soziale Überlieferung, in der gerade die aktuelle Frage einer berufständischen Wirtschafts- und Sozialordnung lebt. Wir haben diese Ideen erarbeitet und geklärt im Kampf gegen den liberalen Kapitalismus wie gegen den Sozialismus.“* Zum Ende der Parteien wurde nochmals erklärt, der mächtige Staat, der zwangsläufig zur Totalität dränge und alle Deutschen für sich gewinnen wolle, müsse aus seinem Geist heraus und nach seinen inneren Gesetzen Schluss machen mit den Parteien. *„An und für sich schon seit dem 5. März zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, haben sich die veralteten Formen noch eine Zeitlang gehalten, aber was sich jetzt vollzieht, war wohl jedem Einsichtigen von Anfang an klar.“* Gerade diese Aussage steht freilich in einem deutlichen Gegensatz zu den Erwartungen des Zentrums bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und der immer wieder betonten Einbeziehung der Zentrumspartei in eine aktive Aufbauarbeit.

Das weltanschauliche Fundament der Badischen Zentrumspartei wurde bereits ausführlich dargestellt. Es ist nun von Interesse zu hinterfragen, wie auf Ideologie und politische Praxis des Nationalsozialismus an der Macht reagiert wurde, soweit diese mit den ethisch-moralischen Prinzipien und wesentlichen Grundwerten einer katholischen Partei in Widerspruch gerieten. Dabei soll zunächst auf die Haltung der Badischen Zentrumspartei zur Unterdrückung der Opposition und der terroristischen Gewaltanwendung gegenüber Regimegegnern eingegangen werden. Dieses Problemfeld eignet sich besonders gut, um die fortschreitende inhaltliche Gleichschaltung im politischen Denken der Badischen Zentrumspartei zu beobachten. Dabei lassen sich drei Phasen unterscheiden: In der ersten Phase bis in die Woche nach der Reichstagswahl vom 5. März und der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Baden findet sich eine deutliche Anklage und Empörung gegen die häufigen, sich immer mehr steigernden Unrechts- und Terrorakte. Man berichtete kritisch von blutigen Zusammenstößen der SA mit Kommunisten, von den ungesetzlichen Fahnenhissungen, von Verhaftungen Angehöriger der Linken, von zahlreichen Umbesetzungen in Ämtern, gleichzeitiger Entlassung missliebiger Beamter, von Presse- und Versammlungsverboten von SPD und Zentrum. Der Leser der Zentrumspresse erfuhr auch von der Einrichtung politischer Gefängnisse und Konzentrationslager.

Dabei nahm man auch den ehemaligen Koalitionspartner SPD betont in Schutz, indem man sich einerseits gegen eine Verunglimpfung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, wie auch des Reichskanzlers Hermann Müller, zur Wehr setzte,<sup>86</sup> andererseits betonte: *„Es ist nicht angängig heute die Sozialdemokraten einfach an die Wand zu drücken, die sich oft genug für politische Aufbauarbeiten bereit gefunden haben.“*<sup>87</sup> Auch im Gefolge der Reichstagsbrandverordnung stellte man sich die Frage, ob es sich bei dieser tatsächlich nur um eine Abwehrreaktion handle und äußerte einen zutreffenden Verdacht: *„... Wir würden es weiter für äußerst bedenklich finden, wenn die zuständigen Stellen an die Ahndung der Tat (Reichstagsbrand) mit nur parteimäßig bestehenden Grundsätzen herangehen würden. Wir denken hier an die nationalsozialistische Gleichung KPD = SPD. Das gleichzeitige Verbot der kommunistischen und sozialistischen Presse lediglich auf Grund der Aussage eines abgefemten Verbrechers resultiert aus dieser Voraussetzung, die der NSDAP in der Agitation wohl gute Dienste geleistet haben mag, aber historisch nicht zu halten ist.“*<sup>88</sup> Alarm<sup>89</sup> schlug man natürlich besonders dann, wenn es um Gewaltmaßnahmen gegenüber Zentrumspolitikern bzw. der katholischen Kirche ging. Ein besonders beliebtes provokatives Vorgehen der SA war das Einmarschieren in Uniformen und mit Hakenkreuzfahne in Gottesdienste. Dazu nahm man in der Zentrumspresse empört Stellung. *„... Eine unerhörte Frechheit, die man bislang nicht kannte, die bisher keine politische Partei, nicht einmal die Kommunisten geleistet haben (...) solche Vorkommnisse sind unerträglich für das katholische Volk.“* Die Protesterklärung fuhr fort: *„Wir fragen den Herrn Reichskanzler, ohne dessen Willen nichts in seiner Partei geschieht, ob er solche Vorgänge, die einen Missbrauch des Gotteshauses zu politischen Demonstrationen darstellen, billigt. Oder sind wir Katholiken schon vogelfrei, darf man unsere Gefühle mit Füßen treten? Ist die Stätte des wahren deutschen Christentums nur noch der Berliner Dom? (...) Das katholische Volk sei erneut gewarnt vor dem nationalen Christentum der neuen Machthaber.“*<sup>90</sup> Auch der Erzbischof wandte sich in einer Erklärung in der Zentrumspresse gegen Verhetzung und Terror während des Wahlkampfes.<sup>91</sup> Auch aus den Zeitungsverböten, wie aus dem Vorgehen gegen katholische Beamte konnte man nur folgern, dass es um den Einfluss des katholischen Volkes im öffentlichen Leben gehe und um die Existenz der katholischen Parteien. *„Jedenfalls scheinen wir*

<sup>86</sup> BB 23.2.1933: Ernste Fragen an Hindenburg.

<sup>87</sup> BB 22.2.1933.

<sup>88</sup> BB 3.3.1933: Nicht nur eine Abwehrreaktion?; BB 3.3.1933: Als wir verboten waren ... Nach dem Brand; BB 5.3.1933: Dunkel um den Reichstagsbrand. – Der Artikel nahm sogar die Kommunisten insoweit in Schutz, als betont wurde, dass auch deren Schuld noch keineswegs erwiesen sei.

<sup>89</sup> BB 24.2.1933: Alarm! Unsere Führer sind ihres Lebens nicht mehr sicher.

<sup>90</sup> BB 16.2.1933: Eine unerhörte Demonstration in der Kirche. Missbrauch des Gottesdienstes für SA-Männern.

<sup>91</sup> BB 16.2.1933: Erzbischof Conrad gegen Verhetzung und Terror.

auf dem Wege dazu zu sein, Deutschland zu einem unfreien Land zu machen. Wir können nur warnen, denn es ist ein Geist, den das deutsche Volk auf Dauer nicht erträgt.“<sup>92</sup> Dementsprechend stand der Schlussappell des Karlsruher Zentrums mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz als Gast unter dem Motto: „Recht und Verfassung müssen geschützt werden, weil sie die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes sind.“<sup>93</sup> In diesem Zusammenhang fehlten auch die Erinnerungen an die freiheitlich demokratische Tradition Badens und die Ereignisse von 1848 in der badischen Zentrumspresse nicht.<sup>94</sup>

Mit dem 5. März und der in der darauffolgenden Woche einsetzenden nationalsozialistischen Machtergreifung auch in Baden, findet in den Stellungnahmen badischer Zentrums Politiker bzw. in der badischen Zentrumspresse ein deutlicher Umschlag statt: Zwar werden Terror, Verhaftung, Verleumdung usw. weiterhin berichtet, aber es fehlen nun Anklage und Protest, auch Kritik wird nunmehr sehr leise geübt,<sup>95</sup> – vielmehr beginnt man, sich den Verhältnissen des neuen Staates anzupassen. Im Hinblick auf die weiterhin stattfindenden Übergriffe auf Zentrumsbeamte oder aber auf Priester, gab man sich der Hoffnung hin, dass diese nicht im Sinne Hitlers seien, sondern vielmehr Auswüchse der regionalen und lokalen Parteinstanzen. Dementsprechend machte man sich immer wieder Mut, indem man auf die Regierungserklärung Hitlers hinwies: „Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtige Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums.“ Zudem versuchte die Zentrumspresse die kleinen Naziaktivisten vor Ort mit Aussagen bzw. Verordnungen von Nazi-Größen aus Partei und Regierung in die Grenzen zu verweisen. Die Schlagzeilen des Hegauer Erzählers, einer kleinen Zentrumszeitung aus Engen, machen dies deutlich: 9.3.: *Göring mahnt die Beamten zur Disziplin*, 13.3.: *Adolf Hitler redet ins Gewissen*, 14.3.: *Reichsminister gegen unmittelbare Aktion*, 16.3.: *so schreibt der >Führer<*, 22.3.: *Reichskanzler und katholischer Gottesdienst*, 24.3.: *keine Sonderaktionen*, 27.3.: *Wichtige und erfreuliche Verordnungen*, 3.4.: *jüdische Schulkinder dürfen nicht beschimpft werden*, vom selben Tag: *Kampf den Denunzianten*, 21.4.: *eine Warnung des Gauleiters der NSDAP*, 22.4.: *Keine Sonderaktion*, 23.4.: *noch einmal gegen unbefugte Eingriffe*. Wie sehr man bereit war unter dem allgemeinen Druck oder aus Existenzangst die neuen politischen Verhältnisse äußerst loyal zu akzeptieren, zeigt schließlich ein Artikel der Badischen Zentrumskorrespondenz unmittelbar nach der Sprengung des Münchner Gesel-

<sup>92</sup> BB 18.2.1933: Herrliche Zeiten.

<sup>93</sup> BB 3.3.1933: Imposanter Schlussappell des Karlsruher Zentrums.

<sup>94</sup> Hegauer Erzähler (HE) 3.3.1933.

<sup>95</sup> Eine der wenigen Ausnahme bildete ein Artikel im BB v. 19.6.1933 (Ein ernstes Wort zur Bücherverbrennung), in dem man gegen die Verbrennung auch Katholischer Zeitschriften Einspruch erhob. Ansonsten erfolgte Kritik in der Zentrumspresse allenfalls noch indirekt, indem man z. B. wiederholt auf die Standhaftigkeit der Katholiken gegenüber den Schikanen der kommunistischen Regierung in Spanien hinwies (BB 4.7.1933: *Verfolgung bringt Aufschwung – Die katholische Presse Spaniens breitet sich aus*).

lentages.<sup>96</sup> Selbst das brutale und rücksichtslose Vorgehen der Nationalsozialisten auf dem Gesellentag wurde gewertet als eine „*Begleiterscheinung*“, welche in Zeit und Umständen ebenso wie in der Art jeglicher staatspolitischer Umwälzung begründet liege. „*Diese Zeit war schmerzlich, für jeden positiv und staatspolitisch wirkenden Katholiken*“, sie dürfe aber keinesfalls dazu beitragen, eine fruchtbare Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus zu verdunkeln: „*Es darf auch im katholischen Volksteil keine unausgesprochenen Vorbehalte und keine nur widerwillige Anerkennung der geschehenen Verhältnisse geben. Es gibt ... keinen geistigen Vorbehalt, wenn einmal der Katholik ein grundsätzliches >Ja< gesprochen hat. Das hat der badische Zentrumsführer nicht nur für seine Person, sondern im Namen des badischen politischen Katholizismus in der letzten Landtagsrede in erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.*“ An die Stelle des noch im März ertönten Rufes nach Freiheit, Recht und Gerechtigkeit setzt der Artikel der Badischen Zentrumskorrespondenz nunmehr den Ruf nach Autorität, Ordnung und einem starken Staat.

Schließlich verschwanden mit der Auflösung der Badischen Zentrumsparlei aus der ehemaligen Zentrumspresse auch die letzten, wenn auch nur unkommentierten Hinweise auf Terror, Verfolgung und Entrechtung gegenüber dem politischen Katholizismus oder anderen Gegnern des nationalsozialistischen Regimes.

Während bei der Badischen Zentrumsparlei im Hinblick auf die Unterdrückung und Verfolgung von Regimegegnern das Bestreben im „Neuen Staat“ aktiv mitzuarbeiten in der Regel größer war als der Mut gegen die Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten zu protestieren, so trat man dennoch, auch bis zur Auflösung der Partei, unzweideutig für die Gleichberechtigung der Juden und gegen den nationalsozialistischen Rassismus ein. Bereits am 1. Februar erschien im *Pfälzer Boten* im Zusammenhang mit einem Bericht über eine Veranstaltung jüdischer Frontsoldaten die klare Stellungnahme: „*Alles in allem kann man nur denen, die fortwährend in übelster Weise unsere jüdischen Mitbürger beschimpfen und verleumden, nachdrücklich nur dieses sagen, wenn ihr in euren Reihen alle Spitzbuben und Gauner bekämpft habt, dann könnt ihr auch, wenn ein Jude mal was verbricht, gegen ihn losziehen.*“ Auch Ende März konnte der Zentrumswähler aus seiner Presse eingehende Informationen über das unrechtmäßige Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die jüdischen Mitbürger im Rahmen des auf den 1. April angeordneten Boykotttages gegen jüdische Geschäfte erfahren. Zudem erschienen im *Badischen Beobachter* auch kritische Stellungnahmen des Auslandes, wie auch der Protest des Genfer Völkerbundes oder aber jüdischer ausländischer Organisationen. Wie allgemein in der Berichterstattung über

<sup>96</sup> Abgedr. im BB 23.6.1933 unter der Überschrift Wahrheit und Klarheit.



Entrechtung und Verfolgung nach dem Ermächtigungsgesetz, erfolgten diese ohne jeden Kommentar oder irgendeine Stellungnahme. Um so erstaunlicher und erfreulicher war es, als nur wenige Tage später, am 5. April, in einigen Teilen der Zentrums Presse, so im *Pfälzer Boten*, ein Leitartikel erschien, in dem ein Pfarrer Eckert, den Rassismus entschieden verurteilte. In der Vorbemerkung des Artikels stellte die Redaktion des *Pfälzer Boten* fest, auf Grund der großen Aktualität des Judenproblems erscheine es „an der Zeit, dass die Frage aus der politischen und nur rassenmäßigen Betrachtung in eine höhere Ebene gerückt wird“. Es sei die Pflicht der katholischen Presse diesen allein gültigen Standpunkt zu betonen, „damit nicht auch in unseren Kreisen Verwirrung entsteht“. Auch die Katholiken treibe, wie in allem, die heiße Liebe zu Deutschland, dem Vaterland, „auf dessen blanken Ehrenschild wir keinen dunklen Punkt, keine Ungerechtigkeit dulden dürfen“. Pfarrer Eckert führt im Folgenden aus, die Lösung der Judenfrage, wie sie heute versucht werde, halte er vom christlichen Gewissen aus für nicht richtig und für nicht gerecht, sowohl in ihrer Methode, wie in ihrer sittlichen Haltung. Die Lösung der deutschen Judenfrage könne nicht von der Rasse her gesucht und gefunden werden. Kein Mensch könne einfach wegen seiner Rasse minderen Rechts sein und wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Rasse diffamiert werden. „Die christliche Ethik lehnt es darum ab, in unchristlicher und ungerechter Vereinfachung des deutschen Judenproblems zu sagen, sie sind Juden, als sind sie Schädlinge am deutschen Volkskörper, also müssen sie eliminiert oder ins Judenghetto zurückgedrängt werden. Jude ist nicht gleich Jude, so wenig wie Deutscher gleich Deutscher und Slawe gleich Slawe ist. Es gibt in jeder Rasse gute und schlechte.“ Zudem protestierte der Pfarrer gegen das neue Recht, das sich gegen Juden wende. Hier geschehe ein deutsches Unrecht. Dieser Linie blieb man auch im Folgenden treu. Beispielsweise, wenn der Badische Beobachter unter der Überschrift: „Die übernationale Kirche. Eine sinnvolle Geste“ über die Bischofsweihe dreier Chinesen und eines Inders berichtete. Die Schlussforderung des Artikels war eindeutig die, „dass die katholische Kirche keinen Rassenhass kennt und die farbigen Bischöfe auch nicht arischer Rasse als gleichberechtigte Glieder in den Episkopat aufnimmt“. <sup>97</sup>

Die für den Katholiken sehr heikle Frage eines Rassenschutzgesetzes behandelte der Badische Beobachter am 12. Mai in einem Artikel unter der Überschrift „Schutz der Rasse und des Bluterbes“. Dabei machte er sich die Aussagen von Prof. Mayer, Paderborn, bei der katholischen Akademikertagung in Trier zu eigen. Im Vorspann wurde darauf hingewiesen, dass den Katholiken hinsichtlich der Zwangssterilisation Bindungen auferlegt seien, dass diese aber dennoch „sehr wirksam beim Schutz unserer deutschen Rasse mitwirken können“. Dem gemäß stellte auch Prof. Mayer fest, „dass die christliche Moral von den katholischen

<sup>97</sup> BB 27.5.1933.

Ärzten, ihren Assistenten und Operationsschwestern verlange, dass sie nicht direkt die Hand reichen zur Zwangssterilisation“. Sie verlange auch von den Direktoren der Jugendgefängnisse und von den Vorstehern der Schwachsinnigenheime, „dass sie nicht von sich aus Sterilisationsmaßnahmen durchführen und von den katholischen Eheberatern, dass sie nicht zur Sterilisation erblich belasteter Schwachsinniger und sonstiger kranker Menschen ihren Rat geben“. Daher erwarte man sich von katholischer Seite eine Gewissensklauseel im Sterilisationsgesetz, wobei man jedoch gleichzeitig betonte, man stimme mit dem Gesetzgeber überein in dem Ziel der „Erneuerung des deutschen Keimgutes“. Auch die Katholiken besäßen eine ganze Reihe an positiven Mitteln, die durchaus mit den eugenischen und nationalen Zielen der Reichsregierung in Einklang stünden und die durch das religiöse Ethos, das hinter ihnen stehe eine besondere Wirkkraft besäßen. Darunter wurde neben der Bekämpfung des Alkoholmissbrauches auch die Ausschaltung der Minderwertigen aus dem Fortpflanzungsprozess genannt. Letztere sollte jedoch nicht durch Zwangssterilisation, sondern durch den Appell an das Gewissen der Minderwertigen, sich einer Ehe und der damit verbundenen Fortpflanzung zu enthalten, erreicht werden. Sollte ein solcher Appell fruchtlos bleiben, „so sind für Katholiken neue Wege unumgänglich, solche Minderwertige, nach § 51 BGB zu entmündigen und zwangsweise in Anstalten unter zu bringen“. Dabei wurde jedoch betont, dass es sich dabei vorwiegend um religiöse Anstalten handeln sollte, „weil hier die Patienten einen menschenwürdigen Ersatz für eine Heimat finden“ und diese Anstalten auch der Staatskasse nicht allzu sehr zur Last fielen. Als weitere, auch für Katholiken geeignete Maßnahmen zur Durchführung des gesetzlichen Rasseschutzes wurde schließlich der Austausch von Gesundheitszeugnissen vor der Ehe, Familienforschung zur Reinerhaltung des Blutes, voreheliche Keuschheit und Treue in der Ehe, sowie die Förderung kinderreicher Familien genannt. Schließlich sollten auch die katholischen Eheberatungsstellen zu „einer Art von Hochschule der Volksaufklärung, einer gesunden sittlichen und nationalen Volkserziehung ausgebaut werden“. Somit könnten diese einen wertvollen Helfer für Volk und Regierung im „Kampf gegen die wahren Verderber der Keimzellen des Volkes“ darstellen. Am Ende des Artikels kam Prof. Mayer und mit ihm der Badische Beobachter zu dem Schluss, „sollten einige Paragraphen des neuen Gesetzes für Katholiken weniger anwendbar sein, so werden die Katholiken in diesen Punkten für ihren Gewissensbereich zurückhaltend sein, dabei aber mit doppelter Kraft sorgen, dass sie an die Stelle der unerlaubten Mittel fruchtbarere und wirksamere Mittel setzen, um das selbe nationale Ziel zu erreichen: Schutz und Rettung des kostbaren Erbgutes des deutschen Volkes.“

Abschließend soll noch das grundsätzliche Verhältnis des politischen Katholizismus bzw. der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus, ausgehend von den kritisch ablehnenden Stellungnahmen der Badischen Zentrumsparlei vor

dem 30. Januar 1933 erörtert werden. Einen guten Einstieg in diese Problematik bildet eine Erklärung des Erzbischöflichen Ordinariats im *Badischen Beobachter*, in dem dieses sich gegen einen Artikel des *Führers* bzw. des *Alemannen* vom 25. bzw. 26. Januar verwehrte. In diesem war unter der Überschrift: „*Ein jahrelanges Unrecht an katholischen Nationalsozialisten beseitigt*“, aus der in Freiburg zugelassenen kirchlichen Beerdigung eines SS-Mannes mit offizieller nationalsozialistischer Begleitung, der Schluss gezogen worden, dass in der Stellungnahme der Freiburger Kirchenbehörde gegenüber dem Nationalsozialismus eine Änderung eingetreten sei. Der *Badische Beobachter* wies diese Folgerung im Namen des Erzbischöflichen Ordinariats strikt zurück und betonte vielmehr: „*Es ist und bleibt so, die Grundlagen der Anschauung des Nationalsozialismus sind mit der Lehre der katholischen Kirche unvereinbar.*“<sup>98</sup> Während sich die badische Zentrums Presse auch im Märzwahlkampf deutlich von Außenseitern aus den eigenen Reihen – in diesem Falle dem ehemaligen Abt Schachleitner – distanzierte,<sup>99</sup> befasst sich der Freiherr von Mentzingen, ehemaliger Landtagsabgeordneter und Nestor im Landesausschuss der Badischen Zentrumspartei noch einmal ausführlich mit dem Thema „*Staat und Kirche im Programm der Nationalsozialisten*“.<sup>100</sup> Dabei ging er aus von den Grundsätzen der katholischen Staatslehre und erhob indirekt Anklage gegen die Praktiken der Nationalsozialisten, auch erinnerte er an Schranken, die von der Staatsgewalt nicht überschritten werden dürften: „*Die Individuen wie die Familien haben unabhängig vom Staat Rechte, welche von der Obrigkeit nicht angetastet werden dürfen, vielmehr von ihr zu schützen sind. Das Christentum trennt die weltliche und die geistliche Gewalt. In geistlichen Dingen ist die Kirche die von Gott bestellte Führerin, die auch die Staatsgewalt in ihre Schranken zurückweist und die Bürger in ihrer Gewissenspflicht schützt.*“ Auch wenn Katholiken verpflichtet seien, der bestehenden Obrigkeit zu gehorchen, selbst dann, wenn sie durch Gewalt zur Herrschaft gelangt ist, so blieb für v. Mentzingen ein Widerspruch zum Nationalsozialismus in der Staatslehre, da dieser die „*Ursprünglichkeit des Staates und seine unbeschränkte Gewalt behauptete*“. Auf Grund dieser Irrlehren bleibe die Zugehörigkeit eines Katholiken zur NSDAP untersagt. Schließlich wandte sich der *Badische Beobachter* am Tag vor der Wahl (4. März) mit einem Artikel: „*Kann ein überzeugter Katholik wirklich nicht Nationalsozialist sein?*“ nochmals an alle etwaigen Zweifler innerhalb der eigenen Wählerschaft. Im Artikel wurde zunächst darauf hingewiesen, dass der Nationalsozialismus mehr sei als nur eine Partei, sondern vielmehr eine Weltanschauung, die ihre Wurzeln jedoch nicht im christlichen Glauben habe. „*Für den Katholiken gibt es jedoch nur eine Weltanschau-*

<sup>98</sup> BB 31.1.1933.

<sup>99</sup> BB 5.2.1933.

<sup>100</sup> PfB 4.3.1933; auch PfB 21.3.1933.

ung. *Das ist sein katholischer Glaube.*“ Im folgenden setzt sich der Artikel mit dem § 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms auseinander, in dem Freiheit aller religiösen Bekenntnisse gefordert wurde, soweit diese nicht den Bestand des Staates gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstießen. Demgegenüber stellte der Badische Beobachter fest, *„dass für den Katholiken nur die von Christus eingesetzte Kirche zu bestimmen habe, welche Glaubensgesetze wir befolgen und kein Staat, möge er heißen wie er wolle.* Zudem rede man von germanischer Sittlichkeit und vom deutschen Sittlichkeitsgefühl. *Für uns Katholiken gibt es keine germanische und keine romanische Sittlichkeit, sondern einzig und allein das für alle Menschen und für alle Völker in gleicher Weise geltende christliche Sittengesetz und nach katholischer Auffassung ist von Christus die Kirche gestiftet worden, um dies Sittengesetz der Menschheit rein zu überliefern.*“ Schließlich führte man dem Leser nochmals vor Augen, dass man seitens der neuen Religionswächter für die Erlaubtheit des politischen Mordes und im Interesse der Aufzucht eines starken Volkes für die Tötung der körperlich und geistig Minderwertigen eintrete. Wenn die Kirche genau das verbiete, weil sie die Liebe zu allen und vor allem zu den Schwächsten von ihren Gründern gelehrt bekommen habe, so sei das ein Glaubenssatz, der nach Meinung der NSDAP unterdrückt werden müsse. Der Autor des Artikels schloss mit der eindringlichen Warnung: *„Ich sage nur, dass man sich jedenfalls im Programm der NSDAP ... ausdrücklich das Recht vorbehalten hat, jeden Glauben und jede aus dem Glauben wachsende Sittlichkeit rücksichtslos zu unterdrücken, wenn sie dem ganz persönlichen sittlichen Empfinden der Machthaber nicht passen und ich sage, dass man damit sich das Recht auf eine Religionsverfolgung gewahrt hat und ich sage weiter, dass viele darauf warten, dass diese Maßregeln gegen die katholische Religion angewendet werden.“*

Eine erste entscheidende Änderung in der antinationalsozialistischen Haltung vollzog die Badische Zentrumsparlei mit der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März, die selbstverständlich auch im *Badischen Beobachter*, wie auch in der sonstigen Zentrumspresse abgedruckt wurde. *„Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, dass die vorgezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“* Vorausgegangen waren die beschwichtigenden Worte Hitlers in der Regierungserklärung vom 23. März 1933, dass man die Rechte der Kirchen voll und ganz respektieren werde. Gleichzeitig hatte er das Christentum als das unerschütterliche Fundament der Moral und Sittlichkeit des Volkes bezeichnet und hatte größten Wert auf die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl, die weiter ausgebaut werden sollten, gelegt. Der Kommentar des *Badischen Beobachters* gab zunächst die entsprechenden Passagen der Regierungserklärung wieder und betonte anschließend, dass

seit Jahren deutlich genug gesagt worden sei, dass sich die Ablehnung kirchlicher Instanzen gegenüber dem Nationalsozialismus in keinem Augenblick von politischen Gesichtspunkten habe leiten lassen, dass bei ihrer Stellungnahme vielmehr einzig und allein die Glaubenslehre und das Wesen der Kirche selbst zu Grunde lag. Bei verschiedenen Anlässen habe man gegenüber der NSDAP zum Ausdruck gebracht, dass es allein an ihr liege, das Verhältnis zwischen der Kirche und ihr anders, neu zu gestalten und zwar vor allem durch eine restlose Bereinigung der Unklarheiten, die Veröffentlichungen und Abhandlungen ihrer Theoretiker und insbesondere jener Artikel 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms hervorrufen mussten. Es habe nicht am deutschen Episkopat gelegen, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf dem rein weltanschaulichen Gebiet nicht schon früher aus der Welt geschafft wurden. Dann fuhr der Artikel fort: *„Noch nie zuvor haben nationalsozialistische Führer zu den Dingen, um die es sich handelt, so klar gesprochen, wie der Reichskanzler, dessen konkrete Feststellungen und klare Zielsetzung in der Regierungserklärung es den deutschen Bischöfen ermöglicht hat, diese höchst bedeutsame Kundgebung in der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die deutschen Bischöfe haben in dem Augenblick gesprochen, als die zu beanstandenden Unklarheiten beseitigt waren.“* Der Kommentar des Badischen Beobachters verdeutlicht überaus klar das Dilemma des Katholizismus im Jahr 1933: obwohl man über drei Jahre lang den Nationalsozialismus entschieden bekämpft hatte, so hatte man dies doch stets nur aus seinen weltanschaulichen Gründen und eben nicht aus politischen getan. Mit der als verbindlich und ehrlich verstandenen Regierungserklärung Hitlers waren Anlass und theoretische Motivation für eine weitere Fortsetzung des Widerstandes nicht mehr gegeben. Zudem war Hitler nunmehr auf „legalem Wege“ an die Regierung gelangt, der gemäß katholischem Staatsverständnis der einzelne Katholik zu staatsbürgerlicher Loyalität verpflichtet war. Dementsprechend konnte Prälat Föhr in seiner Rede vor dem Freiburger Zentrum nur darauf hinweisen, dass eine Revolution stattgefunden hätte. Für die Katholiken sei die Pflicht des Augenblickes klar, eine Beteiligung an einer Revolution sei für einen Katholiken verboten, auch ohne ausdrückliche bischöfliche Verwarnung.<sup>101</sup> Daher sei die Partei auch von der Revolution von 1933 abgerückt, sie wolle vor der Geschichte damit nichts zu tun haben. Inzwischen aber sei vieles legalisiert, sowohl durch die Abstimmung vom 5. März, als auch durch das Ermächtigungsgesetz des Reichstages. Damit sei die Situation auch für das Zentrum eine andere geworden. Ausgehend von der Fuldaer Bischofserklärung vom 28. März 1933 kam es nun auch in sämtlichen Äußerungen badischer Zentrumsmitglieder zu einem deutlichen Umschwung. Kritische Stellungnahmen, wie sie noch vor der Reichstagswahl vom 5. März fast ausschließlich zu finden waren, verschwanden

---

<sup>101</sup> Vgl. FTP 31.3.1933.

nunmehr vollständig. Statt dessen griff man auch von katholischer Seite die Metapher der „Volksgemeinschaft“ aus der NS-Propaganda auf und bemühte sich darum aufzuzeigen, was die Katholiken zu dieser beitragen könnten. Ein eingängiges Beispiel hierfür stellt die Artikelserie von Julius Dorneich, *„Katholisches Erbgut als Brücke zum neuen Staat“* in der *Freiburger Tagespost* dar, in der es darum ging, die staatspolitischen und gesellschaftlichen Ideen von Franz Josef Buß, darzulegen, *„soweit diese noch für unsere Zeit Geltung haben“*.<sup>102</sup> Die Gemeinsamkeiten im politischen Denken von Franz Josef Buß und der neuen Regierung wurden dementsprechend in der Ablehnung der formalen Demokratie als Erbe der Französischen Revolution, wie auch in der Ablehnung des Begriffs der Volkssouveränität gesehen. Vielmehr habe Buß auch den Staat als ein organisches Lebewesen betrachtet und sei dementsprechend für die *„wohlausgewogene richtige Staatsform in der Art einer Pyramide“* eingetreten. *„Oben an der Spitze der Staatslenker und Führer, unten das Volk, dazwischen mit größerer Verantwortung im politischen Leben die Stufenleiter des größeren Einflusses auf den Staat.“* Neben dem Katholiken und Nationalsozialisten gemeinsamen Kampf gegen den Liberalismus und dem ebenfalls gemeinsamen Eintreten für eine ständestaatliche Ordnung, betonte der Artikel weiterhin die große Vaterlandsliebe von Buß und seine Ehrfurcht vor der nationalen Vergangenheit und vor den Sitten und Gebräuchen des Volkes.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der Zentrumspartei und bereits im Vorfeld des Konkordats erschienen Anfang Juli im *Badischen Beobachter* eine ganze Reihe von Stellungnahmen, in denen immer wieder betont wurde: *„Nach ihrer religiös-ethischen Haltung stehen die deutschen Katholiken in der nationalen Front, die für sie wesensmäßig und nicht zeitgeschichtlich bedingt ist.“* Es sei die Aufgabe aller christlich Denkenden im deutschen Volke, am nationalen und christlichen Staat mit zu arbeiten und ihm die aufbauenden Kräfte zuzuführen, aus denen Nation und Staat gesunden könnten. *„Die Katholiken“*, so wurde weiter betont, *„sehen in jeder rechtmäßigen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und erblicken in ihr eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes. Unsere Regierung darf darum der selbstlosen und durchaus loyalen Haltung aller Glieder der katholischen Kirche gewiss sein. Das umso mehr noch, als der Reichskanzler erklärte, dass er die Religion zur Grundlage des Volkstums machen wolle. Wenn er weiter vor dem Reichstag sein Wort für die Freiheit der Kirche verpfändete, wenn er durch seine Gesetzgebung jeden unchristlichen Geist im deutschen Volk beseitigen will, so wird er und seine Regierung in Zukunft keine wärmeren Befürworter und keine grundsatzfesteren Mitarbeiter finden als die deutschen Katholiken.“*<sup>103</sup> An die Stelle einer grundsätzlichen Absage an die

<sup>102</sup> FTP 26.5., 29.5., 1.6., 8.6.1933.

<sup>103</sup> BB 5.7.1933: Die Sendung des katholischen Menschen.

Weltanschauung des Nationalsozialismus, die noch sämtliche Stellungnahmen der Badischen Zentrumspartei im Märzwahlkampf geprägt hatte, war nunmehr ein uneingeschränktes Loyalitätsbekenntnis zum neuen Staat getreten. Geprägt wurde dieses Loyalitätsbekenntnis durch den kurzfristigen und letztlich illusorischen Glauben vieler Katholiken an die Möglichkeit einer Koexistenz zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus. Freilich wurde dieser Glaube durch die sich mehrenden nationalsozialistischen Übergriffe gegen das schließlich am 20. Juli 1933 abgeschlossene Konkordat innerhalb kürzester Zeit widerlegt.